

Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal! Vom Kampf um die Deutungshoheit über den Armutsbegriff

Von Ulrich Schneider

„Zerrbild“¹, „Etikettenschwindel“², „Horrorstudie“³, „Panische Überzeichnung“ und „Skandalisierung“⁴. So rauschte es im Februar und März 2015 durch den konservativ-liberalen und neoliberalen Blätterwald. Was war passiert? Eigentlich nichts Besonderes. Der Paritätische hatte wieder mal seinen Armutsbericht vorgestellt. Das tut er jedes Jahr. Nur waren seine Befunde dieses Mal besonders schlecht: Mit einer Armutsquote von 15,5 Prozent war in Deutschland ein trauriger historischer Rekord erreicht. Seit 2006 zeigten die Armutsquoten darüber hinaus einen klaren Aufwärtstrend, auch darauf wies der Verband hin. Und noch nie war Deutschland auch regional so zwischen Arm und Reich zerklüftet wie derzeit.⁵

Gern gehört wurde das nicht. Die Kommentatoren in *FAZ*, *Welt*⁶, *Zeit* oder *Focus Online* bis hin zur Wirtschaftsredaktion der *Süddeutschen Zeitung*⁷ oder der *Neuen Züricher Zeitung*⁸ überschlugen sich geradezu in ihrem Bemühen, den Bericht als aufgebauscht, überzogen, realitätsfern oder schlicht falsch zu attackieren. Deutschland habe einen Sozialstaat, der nicht schlecht geredet werden dürfe. Gut gehe es den meisten heutzutage. Früher hatten alle viel weniger. Und überhaupt: Wer Armut tatsächlich kennen lernen wolle, sollte doch mal über Deutschlands Grenzen hinaus schauen ... so weit, so üblich.

Es waren die erwartbaren Reaktionen von neoliberaler Seite. Als solche nicht neu.

Bereits bei der Vorlage des allerersten Armutsberichts des Paritätischen 1989⁹ begann sich dieses Muster einzuschleifen. Damals hatte der Verband 3,1 Millionen Sozialhilfebezieher als arm bezeichnet. Rigorose Zurückweisung seitens der Bundesregierung: In Deutschland gebe es kein Armutsproblem, hieß es damals schon, die Sozialhilfe verhindere sie ja gerade. Von Armut könne man bestenfalls dann sprechen, wenn jemand trotz Bedürftigkeit keine Sozialhilfe beantrage; ein Betriebsunfall sozusagen,

aber kein Massenphänomen.¹⁰ Verwiesen wurde auch damals schon auf das Elend in Kalkutta, und wir wurden gemahnt, stolz zu sein auf unseren Sozialstaat, der einem Sozialhilfebezieher einen höheren Lebensstandard beschere als einem Facharbeiter in der UdSSR.¹¹ Die Kritik war damals allerdings noch sehr viel moderater, nachdenklicher, ruhiger und dem Thema zugewandter. Es folgten Armutsberichte in den Jahren 1994¹² und 2000¹³, zusammen mit dem DGB und der Hans-Böckler-Stiftung. 2009 legte der Verband seinen Armutsatlas vor, die erste Aufbereitung der Daten des Statistischen Bundesamtes für Regionen.¹⁴ Und seit 2011 erscheinen die Berichte jährlich.¹⁵

Bezeichnend an dieser Auseinandersetzung: Je reicher Deutschland im Laufe der Jahre wurde, je weiter allerdings auch die Einkommens- und Vermögensschere sich öffnete, desto rigorosser wurde Armut geleugnet, desto aggressiver wurden jene attackiert, die die schlechte Botschaft von der Armut in diesem reichen Deutschland überbrachten, und desto apodiktischer wurde ihnen praktisch das Recht abgesprochen, jenseits von Obdachlosigkeit oder anderen extremen Erscheinungsformen der Not überhaupt von Armut zu sprechen. Der Paritätische hat dazu im Laufe der Jahrzehnte reichlich Erfahrung sammeln dürfen. Im Rückblick gewinnt man den Eindruck: So wie der Protest in Deutschland answoll gegen eine zunehmende Armut und ungerechte Ungleichverteilung und die Rufe nach einer solidarischen Steuer- und Finanzpolitik immer lauter wurden, so wuchs in gleichem Maße auch der Widerstand derer, die dabei etwas zu verlieren haben.¹⁶

Das „soziokulturelle Existenzminimum“, Warenkörbe und Statistiken

Die Sozialrechtler prägten in dieser Auseinandersetzung rund um die Frage, was Armut überhaupt sein soll und wo sie beginnt, den sperrigen Ausdruck vom „soziokulturellen Existenzminimum“¹⁷. Er sollte zu einem Schlüsselbegriff werden in diesem Kampf um die Deutungshoheit über die Armut und besagt: Zum Existenzminimum gehöre mit Blick auf das Gebot der Menschenwürde nicht nur das, was man zum Überleben zwingend brauche, also Nahrung, Kleidung, ein Dach über dem Kopf oder Energie. Das sozio-

kulturelle Existenzminimum umfasse auch das, was notwendig sei, um bei sparsamer Haushaltsführung am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Als Anfang der 1960er Jahre die Sozialhilfe eingeführt wurde, sollte damit genau das sichergestellt werden: ein Leben, das der Würde des Menschen entspricht, wie es im Gesetz heißt.¹⁸ Was und wie viel der Mensch dazu bräuchte, wurde bis in die 1980er Jahre durch den „berühmten“ Warenkorb definiert, ein Werkstück echter „deutscher Gründlichkeit“: Zwei Rosshaarbesen und eine Glühbirne für das Jahr fanden sich darin, ein halbes Ei pro Tag, jeden Monat 60 Gramm Bücklinge, 1/8 Liter Sahne, ein Pfund Butter und 70 Gramm Kalbfleisch. Sechs Straßenbahn- oder Buskarten legte man noch hinein, für die Mobilität, und für die kulturelle Teilhabe ein Taschenbuch und eine halbe Kinokarte. Von der Nahrung bis zum Putzmittel, von der Hautcreme bis zum gelegentlichen Gang zum Frisör sollte man in diesem Korb alles finden, was der „typische“ Single so braucht, um nach den Vorstellungen der Sozialbehörden vor der Armut geschützt zu sein. Es war ein sehr transparentes und vor allem ein sehr plastisches Verfahren, eine Armutsschwelle festzulegen. Es lud zur Diskussion ein. Jeder konnte sich eine Meinung dazu bilden, ob ein halbes Ei am Tag nicht zu wenig sei, ob 70 Gramm Kalbfleisch im Monat nicht zu üppig seien oder ob Tabak denn wirklich sein müsse.

Lange hielt der politische Warenkorb-Frieden nicht. Eigentlich war vereinbart, den Warenkorb mit seinen Rosshaarbesen und Bücklingen gelegentlich auch mal an sich verändernde Gebrauchsgewohnheiten anzupassen. Doch vor allem Länder und Kommunen drückten sich genau darum herum – sie wussten, es konnte nur teurer werden. Lediglich auf Preisanpassungen ließ man sich ein. Die Diskussion darüber, ob der Warenkorb tatsächlich noch vor Armut schütze, gewann daher durchaus an Schärfe. Als dann 1981 doch endlich eine zeitgemäßere Produktpalette erarbeitet war, blockten die Haushaltspolitiker. Zur Umsetzung hätten die Regelsätze in der Sozialhilfe um über 30 Prozent angehoben werden müssen.¹⁹ Das war ihnen dann doch zu viel Teilhabe. Man versuchte, den neuen Warenkorb so lange zu „schleifen“, bis die Kosten genehm wurden. Sogar Koch- und Backzutaten wurden wieder ins Regal zurückgestellt. Statt Durchschnittspreise wurden in den Berechnungen ausschließlich Billigangebote

zugrunde gelegt. Trotzdem wollte es nicht gelingen, die Mehrkosten wegzuzaubern. Und so war man sich bald einig: Ein ganz neues Verfahren musste her.

Das sogenannte Statistikmodell wurde geboren. Bis heute dient es dazu, die Regelsätze zu bemessen; oder besser: in ihrer Höhe quasi-objektiv zu begründen. Vereinfacht formuliert funktioniert es so, dass man nachschaut, wie viel Geld einkommensschwache Haushalte haben und wofür sie es ausgeben. Datengrundlage für das Ganze ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes (EVS), die alle fünf Jahre erhoben wird. 60000 Haushalte werden dazu gebeten, penibel Haushaltsbuch zu führen und aufzuschreiben, was sie sich so leisten: Von Lebensmitteln über Getränke und Tabak bis hin zu Einrichtungsgegenständen, von Topfpflanzen über die Fahrradausstattung bis zum Besuch einer Gaststätte, von der Bratwurst im Brötchen bis zum Segelflugzeug: Für alles findet sich eine Kategorie in dieser Statistik. Da ausschließlich das Ausgabeverhalten einkommensschwacher Personen interessierte, wurden aus dieser Datenbank dann nur die 20 Prozent Singlehaushalte mit dem geringsten Einkommen in den Blick genommen.²⁰ (Seit 2010 sind es – um die Rechenergebnisse zu drücken – sogar nur noch die untersten 15 Prozent.)

Weiß man also, wofür diejenigen mit dem wenigsten Geld dieses so ausgeben, werden in einem nächsten Schritt all jene Ausgaben herausgestrichen, wovon die Beamten des Arbeitsministeriums glauben, dass sie einem Hartz-IV-Bezieher nicht zustehen: Ausgaben für den Unterhalt eines Autos etwa, aber auch Tierfutter, die chemische Reinigung, einen Weihnachtsbaum, Grabschmuck für einen verstorbenen Angehörigen, Urlaub, Zigaretten oder Alkohol. Was dann noch übrig bleibt, bildet schließlich das regierungsamtliche soziokulturelle Existenzminimum.²¹ In diesem Vorgang lag natürlich von Anfang an reichlich Streitpotential.

Ob Warenkorb oder Statistikmodell: Verschleppte Anpassungen und haushaltspolitisch motivierte Eingriffe in die Statistik machten pragmatische Kompromisse zur Definition des Existenzminimums stets wieder kaputt, kaum dass sie gefunden waren. Der Streit um den Armutsbegriff wurde damit zum politischen und öffentlichen Dauerthema.

Im Rückblick zeigt sich jedoch, wie wichtig trotz allem die Einführung des Begriffs „soziokulturelles Existenzminimum“ war. Salopp formuliert, hatte man wenigstens etwas, über das man streiten konnte, man hatte einen gemeinsamen Ansatzpunkt, einen gemeinsamen Begriff, hinter den keiner mehr zurück konnte: Es ging neben dem physischen Existenzminimum fortan immer auch um Teilhabe in einer vom Wohlstand geprägten Gesellschaft. Man kann dieses Minimum kleinreden und kleinrechnen. Aber man muss sich zumindest auseinandersetzen. Einfach Wegducken geht nicht mehr, auch wenn aktuell so mancher das Rad wieder zurückdrehen möchte. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Relative Einkommensarmut, Wohlstand und Ungleichheit

Auf der europäischen Ebene ging man seit Beginn der 1980er Jahre einen anderen Weg, um Armut und Teilhabemöglichkeiten zu definieren und zu operationalisieren. Der Ausgangsgedanke war durchaus ähnlich: Arm waren nach Auffassung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft alle Personen, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“²². Um herauszufinden, was das in Mark, Schilling, Lire, Pfund oder Gulden bedeutete, errechnete man keine absoluten Beträge, wie etwa beim Warenkorbmodell, sondern verständigte sich nach jahrelanger Diskussion auf das Konzept der relativen Einkommensarmut – sehr komplex im theoretischen Anspruch und doch von geradezu genialer Einfachheit in der Operationalisierung.²³ Arm sei, wer über weniger als die Hälfte des mittleren Durchschnittseinkommens verfügt. Sind es weniger als 60 Prozent, bestehe zumindest ein Armutsrisiko, und bei weniger als 40 Prozent wurde von „strenger Armut“ gesprochen.

Nicht nur der Warenkorb und das Statistikmodell, auch dieses Konzept wurden freilich regierungsamtlich „geschliffen“, um den Armutslevel herunterzuhängen und die vorhandene Armut damit politisch erträglich zu halten. Statistische Stellschrauben dazu gab es genug.

Es geht los mit der Berechnung des Haushaltseinkommens. Klar ist, dass beim Vergleich des Einkommens verschiedener Haushalte zu berück-

sichtigen ist, wie viele Personen im Haushalt leben. Man braucht also das Pro-Kopf-Einkommen des Haushalts. Dabei jedoch das Gesamteinkommen einfach mal durch die Anzahl der Personen im Haushalt zu teilen, wäre allerdings zu einfach, da man mit mehreren Haushaltsmitgliedern besser wirtschaften kann. Auch bräuchten Kinder in der Vorstellung der Statistiker angeblich deutlich weniger als Erwachsene. Ein Ehepaar mit zwei kleinen Kindern und 4000 Euro Einkommen kann sich durchaus mehr leisten als ein Single mit 1000 Euro, so die Überlegung. Um dem gerecht zu werden, wird das Haushalts-Pro-Kopf-Einkommen „gewichtet“, wie es heißt: Jeder Person wird eine sogenannte Äquivalenzziffer zugeordnet. Früher waren es der Faktor 1 für den ersten Erwachsenen, für alle weiteren Haushaltsmitglieder über vierzehn Jahren 0,7 und unter vierzehn Jahren 0,5. Das Haushaltseinkommen eines Paares mit zwei Kindern im Alter von zehn und zwölf Jahren wird damit nicht durch 4, sondern durch $1 + 0,7 + 0,5 + 0,5 = 2,7$ geteilt, um es mit einem Singlehaushalt vergleichbar zu machen. Im genannten Beispiel wären es also $4000 : 2,7 = 1481$ Euro. Ab 1998 wurden die Kennziffern geändert. Das erste erwachsene Haushaltsmitglied behielt weiterhin die 1, alle weiteren Haushaltsmitglieder ab vierzehn Jahren bekamen nun jedoch die 0,5 und unter vierzehn Jahren die 0,3. Was heißt das für unsere Beispielfamilie? Deren 4000 Euro werden nicht mehr durch 2,7, sondern nur noch durch $1 + 0,5 + 0,3 + 0,3 = 2,1$ geteilt. Ergebnis: 1905 Euro statt 1481 Euro. Ein erfreulicher rechnerischer Einkommenszuwachs von 29 Prozent. Statistisch wird damit das Einkommen von Paarhaushalten und vor allem solchen mit Kindern deutlich angehoben.

Noch erfreulichere Effekte erhält man durch die Wahl des genehmen Mittelwertes. Seit Beginn solcher Berechnungen wurden stets zwei statistische Mittelwerte ausgewiesen. Einmal das arithmetische Mittel (allgemein bekannt als „Durchschnitt“) und dann der weniger populäre Median, der sogenannte „mittlere Wert“. Während bei der Errechnung des Durchschnitts alle Haushaltseinkommen addiert und durch die Anzahl der Haushalte geteilt werden, werden beim Median alle Haushalte nach ihrem Einkommen der Reihe nach geordnet, wobei das Einkommen des Haushaltes in der Mitte der Reihe den Mittelwert ergibt. Beim arithmetischen Mittel haben fünf Haushalte mit Einkommen von beispielsweise 700 Euro, 1300 Euro, 1900

Euro, 6500 Euro und 9000 Euro also im Durchschnitt $700 + 1300 + 1900 + 6500 + 9000 = 19400 : 5 = 3880$ Euro. Der mittlere Wert (Median) wäre jedoch 1900 Euro. Der Median wird in der Statistik dann gewählt, wenn man in der Reihe einzelne extreme „Ausreißer“ hat, die ansonsten den Durchschnitt nach oben oder unten „verzerrten“ würden.

Doch was bedeutet „verzerrten“? Wenn Reiche immer reicher werden und dadurch auch das Durchschnittseinkommen ansteigt und mehr Menschen unter die Armutsgrenze rutschen, ist das eine Verzerrung, die statistisch weggerechnet werden muss, indem man statt des Durchschnitts den Median berechnet? Was ist, wenn es sich nicht um einzelne Ausreißer handelt, sondern sich das ganze obere Drittel immer weiter nach oben bewegt, während die mittleren Einkommen gleich oder ähnlich bleiben? Auch eine solche Entwicklung blendet der Median aus. Genau deshalb war es üblich, in der Regel beide Werte – Durchschnitt und Median – zu berechnen und beide Ergebnisse auszuweisen. Die soziale Schieflage in Deutschland sorgte dafür, dass die mit dem Median berechneten Armutsquoten in aller Regel deutlich niedriger ausfielen als die nach dem Durchschnittseinkommen. So auch im ersten Armutsbericht der Bundesregierung von 2001: Das mit dem arithmetischen Mittelwert berechnete Durchschnittseinkommen lag 1998 bei 2788 DM und die 50-Prozent-Armutsschwelle entsprechend bei 1394 DM. Bei Nutzung des Medians sank das mittlere Einkommen jedoch auf 2440 DM und die Armutsgrenze auf 1220 DM. Ergo: Auch die Armutsquote schrumpfte von 10,2 (Durchschnitt) auf 6,2 Prozent (Median).²⁴ Das muss vielen im Ministerium sehr gefallen haben. Ab dem zweiten Armutsbericht der Bundesregierung 2005 wurde die mit dem arithmetischen Mittel errechnete, höhere Quote gar nicht mehr ausgewiesen.²⁵ Nur noch die geringeren Medianwerte wurden veröffentlicht.

Und noch eine Überraschung hielt der zweite Armutsbericht bereit: Die Armutsquote war weg. Kein Scherz! Wie bereits erwähnt, war es üblich, die Armutsschwelle bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens anzusetzen, während die 60-Prozent-Schwelle eine Armutsrisikozone und die 40-Prozent-Schwelle eine strenge Armut markieren sollten. Im zweiten Armutsbericht suchte man die 50-Prozent-Schwelle jedoch vergeblich. Verwiesen wurde auf eine neuerliche Übereinkunft auf EU-Ebene, nur noch die

Quote für die Armutsgefährdung und für die strenge Armut, nicht mehr jedoch für die Armut auszuweisen. Wo keine Armutsgrenze mehr angegeben werde, könnten auch keine Armutsquoten zitiert werden, freuten sich hinter vorgehaltener Hand zuständige Ministerialbeamte. Fortan werde nur noch über ein Armutsrisiko diskutiert werden können – eine Kommunikationsstrategie, die allerdings nach hinten losging. Denn ab sofort wurde in weiten Teilen der Presse die 60-Prozent-Quote zur neuen Armutsquote.²⁶

Deutlich wird: Man tat und tut sich auch regierungsamtlich sehr schwer mit der relativen Armut, je weiter die Einkommen auseinanderklaffen und je größer die Kluft zwischen Arm und Reich wird. Es ist eine politisch unbequeme Definition der Einkommensarmut, eine Definition, die herausfordert. Angesichts der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangsverhältnisse in den einzelnen europäischen Staaten erkennt diese Definition an, dass Armut in Tschechien anders aussehen kann als in Norwegen oder Deutschland und dass es immer auf das jeweilige allgemeine Wohlstandsniveau und die dadurch beeinflusste Lebensweise in den einzelnen Staaten ankommt, ab wann man von Armut sprechen kann und wann nicht. Das Konzept relativer Einkommensarmut schließt dabei bewusst jeden Versuch aus, die relative Armut im eigenen Land mit dem Verweis auf viel ärmere Länder zu relativieren. Es ist eine Armutsdefinition, die vom Menschen in seiner jeweiligen Gesellschaft mit ihren jeweiligen Möglichkeiten und Beschränkungen und vor allem aber mit ihrem jeweiligen Preisniveau ausgeht.

Wenn nach der Veröffentlichung des Paritätischen Armutsberichtes im Februar 2015 in den einschlägigen Zeitungskommentaren kritisiert wurde, das Konzept der relativen Einkommensarmut führe im internationalen Vergleich zu „absurden“ Ergebnissen, da die Armutsquote in weniger reichen Ländern durchaus geringer sein kann als in Deutschland, so ist dies denn auch weniger als ein Argument gegen die Stimmigkeit und Aussagekraft des Konzeptes zu werten denn vielmehr als ein polemisches und effekthaschendes Statement dahingehend, dass man sich auf dieses Teilhabekonzept der relativen Einkommensarmut und seine Grundannahmen schlicht nicht mehr einlassen will.²⁷

Das Konzept der relativen Einkommensarmut berücksichtigt weiterhin, dass in fast allen EG-Staaten Einkommen, sprich: Geld, der entscheidende Schlüssel für die Befriedigung der existenziellen Grundbedürfnisse und der Möglichkeiten sozialer und kultureller Teilhabe ist – und nicht Tafeln, nicht Kleiderkammern, kein Gemüseanbau und auch keine Teilhabegutscheine à la von der Leyen!

Im Grunde war es die Idee des soziokulturellen Existenzminimums, nur sehr konsequent zu Ende gedacht. Der Armutsbegriff wurde in wohlhabenden Gesellschaften eben nicht mehr nur auf jene beschränkt, die in Lumpen herumlaufen, betteln und in öffentlichen Unterkünften oder gleich unter Brücken nächtigen. Das Konzept der relativen Einkommensarmut beendete konsequent die vielfach und gern gepflegten Klischees der Armut; jene Klischees, die vor allem den Zweck erfüllen sollen, uns zu belehren, dass es in Deutschland so gut wie keine Armut gebe.²⁸

Und mehr noch: Armut und Teilhabe brauchen als Kategorien immer die Anbindung an die sich stets verändernde Gesellschaft. Auch damit macht das Konzept relativer Einkommensarmut sehr ernst. Wenn wir Armut konsequent verstehen als einen Mangel an Ressourcen und vor allem an Einkommen, so muss die Armutsgrenze konsequenterweise mit dem Reichtum mitwachsen. Umgekehrt muss die Armutsgrenze sinken, wenn Volkswirtschaften in eine Krise geraten, wie es etwa in Griechenland der Fall ist. Alles andere widerspricht nicht nur der Logik des Ansatzes, sondern vor allem der Lebenswirklichkeit. Eine wie auch immer gesetzte absolute Armutsgrenze wird dieser Tatsache immer nur hinterherlaufen können, wie die unsägliche Geschichte des Warenkorb- und des Statistikmodells nur allzu deutlich zeigt; eine Geschichte, in der Experten und Beamte in Zeiten von Smartphones und Internet noch ernsthaft über die Notwendigkeit von Festnetztelefonanschlüssen oder Tageszeitungen stritten, als sei der Computer noch gar nicht erfunden gewesen.

Auch auf EU-Ebene wirken Versuche, absolute Armut mittels einer Reihe von Indikatoren zur materiellen Entbehrung zu messen, eher hilflos.²⁹

Die schwierige Frage, ab wann Menschen gemäß der EU-Armutdefinition nur noch „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die

in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“, soll geradezu in Verkehrung des relativen Armutskonzepts von Bulgarien bis Luxemburg mit einheitlichen Standards beantwortet werden – ob es passt oder nicht. Gefragt wird danach, ob ein Problem bestehe, die Miete oder ähnliches zu zahlen, ob die Wohnung angemessen geheizt werden könne, ob unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen Mitteln bestritten werden könnten, ob man sich jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten könne, ob es ein finanzielles Problem gebe, eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu machen, ob man auf einen Pkw, einen Farbfernseher, eine Waschmaschine oder ein Telefon verzichten müsse. Sind drei dieser Kriterien erfüllt, sprechen die Statistiker von materieller Entbehrung, bei vier und mehr von „erheblicher materieller Entbehrung“. Es ist die denkbar simplifizierteste Form, sich der Armutproblematik und der Problematik von Lebensstandard und Ausgrenzung empirisch nähern zu wollen. Das einzige, was derlei Umfragen und Statistiken tatsächlich deutlich machen, ist, dass Armut sich ganz offensichtlich nicht in materieller Entbehrung erschöpft. Wenn das DIW für 2013 zu dem Ergebnis gelangt, dass 25 Prozent der befragten über keine finanziellen Rücklagen verfügen, dass sich 22 Prozent keine einwöchige Urlaubsreise leisten können, 19,4 Prozent keine neuen Möbel und dass insgesamt 16,1 Prozent als materiell depriviert gelten müssen³⁰, dass dafür jedoch nur ein Prozent keine „warme (!) Mahlzeit alle zwei Tage“ bekommt, nur 2,5 Prozent glauben, in keiner guten Wohngegend zu wohnen und so gut wie keiner auf einen Farbfernseher verzichten muss – was um Himmels willen soll uns das zum komplexen Zusammenspiel von Lebensstandard, Gewohnheiten, Teilhabe und Ausgrenzung sagen? ³¹

Das Konzept relativer Einkommensarmut konzentriert sich nicht mehr so sehr auf den armen Menschen (und Rosshaarbesen, Bücklinge, Farbfernseher und Waschmaschinen), sondern berücksichtigt den Gedanken der Kohäsion, den Zusammenhalt einer Gesellschaft, sehr viel konsequenter als ein wie auch immer gearteter, vielleicht um eine Kinokarte und ein gutes Buch angereicherter Warenkorb oder als das spätere Statistikmodell. Es trägt wesentlich konsequenter der Tatsache Rechnung, dass sich mit allgemein steigendem Einkommen und Wohlstand Lebensstile, Gewohnhei-

ten und Formen des gesellschaftlichen Miteinanders ändern, dass Ansprüche steigen und mit ihnen auch mögliche Hürden der Teilhabe; und dass solche Veränderungsprozesse außerordentlich rasch ablaufen.

Deutschland wird reicher und reicher – und zwar ziemlich schnell. Und genauso schnell ändern sich gesellschaftliche Formen und Bedingungen von Teilhabe und Ausgrenzung. Wurde vorgestern noch in der Schule ein Taschenrechner benötigt, war es gestern der PC und ist es heute der Laptop samt Internetanschluss. Rief man sich vorgestern noch von der Telefonzelle aus an, war es gestern das Handy und telefoniert man heute gar nicht mehr, sondern muss Smartphone und Internet nutzen, um mit seiner „Community“ zu kommunizieren. Traf man sich früher im Park, sind es heute die sozialen Netzwerke. War das bewunderte Pop- oder Rockidol gestern noch für relativ wenig Geld im kleinen Konzert zu sehen, sind es heute gewaltige Bühnenshows mit über 100 Euro Eintritt. Badete man gestern noch im schlichten kommunalen Schwimmbad, ist es heute das private Spaßbad. War es gestern noch die Klassenfahrt in die preiswerte Jugendherberge oder das Schullandheim, geht es heute in den Skiurlaub oder auf den europaweiten Städtetrip. Und nach bestandem Abitur wird heute nicht mehr in der Pizzeria gefeiert, sondern auf dem glamourösen Abiball an erster Location zu Eintrittspreisen, die auch einer Familie mit durchschnittlichem Einkommen erst mal den Atem anhalten lassen können. Sämtliche Lebensbereiche unterliegen einem ständigen Wohlstandswandel, der in Technik, Kultur und Umgangsformen, vor allem aber in den Kosten seinen Ausdruck findet.

Die relative Einkommensarmut ist damit eine gesellschaftspolitisch außerordentlich anspruchsvolle Definition.³² Es geht nicht nur um die notwendige Versorgung von Menschen, sondern tatsächlich gegen soziale Ungleichheit. Es ist dies der gewaltige Unterschied zwischen einem absoluten und einem relativen Armutsbegriff, zwischen Warenkorb und Statistikmodell auf der einen Seite und der 60-Prozent-Schwelle auf der anderen Seite. So kann das mittlere Einkommen einer Gesellschaft steigen und steigen, Reiche können reicher und reicher werden – an der Tatsache, dass ein Mensch nach Ansicht diverser Regierungskommissionen zwei Rosshaarbesen braucht und 60 Gramm Bücklinge, ändert das erst einmal gar nichts.

Das Warenkorbmodell lässt es also durchaus zu, dass die Armen immer weiter abgehängt werden von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung, sich immer weiter entfernen von der Mitte. Ganz genauso verhält es sich beim Statistikmodell. Untersucht werden ausschließlich die untersten 15 Prozent auf der Einkommensskala. Zwischen den untersten 15 Prozent, der Mitte und den obersten 15 Prozent kann die Schere immer weiter aufgehen – es spielt schlicht keine Rolle bei der Berechnung des Existenzminimums. Die Gesellschaft kann regelrecht auseinanderfallen, den Armutsbegriff des Statistikmodells berührt dies im Zweifelsfalle überhaupt nicht. Referenzgruppe für die Armutsschwelle sind in diesem Modell und bei dieser Denkweise immer die Armen selbst.

Es gibt im Warenkorb und beim Statistikmodell also keinen Mechanismus, der für die Anbindung des Existenzminimums an die Mitte der Gesellschaft Sorge tragen würde. Diesen Mechanismus hat nur das Konzept relativer Einkommensarmut mit seiner 60-Prozent-Schwelle.

Wenn die Kritik am Paritätischen Armutsbericht in einigen Medien gelegentlich mit „entlarvender“ Attitüde feststellt, hier ginge es ja weniger um Armut als vielmehr um Ungleichheit, so beweist diese Enthüllungskonnotation lediglich, dass das Konzept relativer Einkommensarmut nicht einmal annähernd verstanden ist oder dass man es schlicht nicht verstehen will. Denn um was sonst soll es gehen als um Ungleichheit? Natürlich geht es um Ungleichheit, um Armut als Folge wachsender Ungleichheit bei den Einkommen. Es geht nicht um Gleichmacherei um der Gleichheit willen. Aber ganz selbstverständlich ist es das Ziel, der Ungleichheit armutspolitische Grenzen zu setzen, dort wo sie in Ausgrenzung umschlägt.

Und genau an dieser Nahtstelle zwischen Ungleichheit und Ausgrenzung liegt die eigentliche Herausforderung des Modells, wird es richtig anspruchsvoll. Das Konzept relativer Einkommensarmut kommt auf den ersten Blick sehr technisch, statistisch und mathematisch daher. Doch das täuscht. Um es allerdings zu begreifen und seine Relevanz beurteilen zu können, bedarf es eines gehörigen Maßes an Lebenserfahrung – und zwar in unterschiedlichen Milieus. Es bedarf sozialer Kompetenz, Sensibilität und Empathie. Die Prozesse der Ausgrenzung mit all ihren individuellen psychischen Belastungen für die betroffenen Menschen sind subtil, verdeckt und

gar nicht immer so leicht zu erkennen. Es ist gerade nicht nur der Bettler vor dem Bankgebäude oder der Flaschensammler in der Einkaufsstraße. Es sind beispielsweise auch die Kinder, die angeblich immer dann krank werden, wenn der Kindergartenausflug oder der Theaterbesuch mit der Schulklasse stattfindet, und die nicht mitkommen können, wenn die anderen zum Bowling gehen oder ins Kino. Es sind die Erwachsenen, die nicht zugeben wollen, wenn sie ihren Job verloren haben oder so wenig verdienen, dass es einfach nicht reicht, und die dann wegbleiben vom Kegelabend, vom Fitnessclub oder vom Stammplatz im Fußballstadion. Ob Klein oder Groß, man ist einfach nicht dabei – mit all dem Frust, Leid und dem Stress, den es macht, wenn man nie genau weiß, wie man über den teuren Monat kommen soll, und sich dauernd alles versagen muss.

Relative Armut zeigt sich nicht offensiv. Es ist häufig eine verschämte, subtile, verdeckte Armut, die trotzdem einfach krank macht. Es bedarf daher zugegebenermaßen schon sehr offener Augen und eines sehr wachen Blickes, um mit einem solchen Armutsbegriff etwas anfangen zu können. Es bedarf im wahrsten Sinne des Wortes der Mitmenschlichkeit.

Geld, überschätzte Studenten und verschwiegene Obdachlose

Alles in allem ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass das Konzept relativer Einkommensarmut von Beginn an aus der Politik und in einigen Medien heftig befehdet wurde – mal mehr, mal weniger intelligent. Und bis heute mal mehr, mal weniger sachkundig.³³ Angriffsflächen bietet es zur Genüge, wenn man es angreifen und den dahinterstehenden Armutsbegriff aus welchen Gründen auch immer nicht akzeptieren will: Es ist eine Stichtagsbetrachtung. Sie sagt nichts darüber aus, wie lange die Menschen in der Einkommensarmut verbleiben. Es ist eine eindimensionale Betrachtung, die ausschließlich das Einkommen in den Blick nimmt. Sie fängt keine weiteren materiellen Ressourcen ein und gibt erst einmal auch keine Auskunft über die ganz konkrete sonstige Lebenssituation, geschweige denn die konkrete Perspektive der armen Menschen. Wie sieht es mit den sozialen Kontakten aus, mit Freundschaften und Familie? Wie steht die Chance, wieder aus der Armut herauszukommen? Empfindet sich der Arme eigentlich selbst auch

als arm? Ist er optimistisch oder pessimistisch, gesund oder krank? All das sind wichtige Fragen, wenn es um die Erforschung der Armut, ihrer Ursachen und Folgen geht.³⁴ Wenn man es jedoch darauf anlegt, kann man mit diesen Fragen auch ganz trefflich versuchen, das Konzept der relativen Einkommensarmut einfach zu „zerschießen“. Man braucht lediglich Definition, Ursache und Wirkung zu vermengen und ordentlich Verwirrung zu stiften, um zu vermeintlichen Unzulänglichkeiten des ganzen Konzeptes zu gelangen.

Von dieser Möglichkeit wurde von einschlägig interessierter Seite seit jeher eifrig Gebrauch gemacht – auch oder gerade von Kritikern, denen es mit einiger Sicherheit nicht in erster Linie um Wissenschaft und Wahrheitsfindung ging. Richard Hauser, der Nestor der bundesdeutschen Armutsforschung, stellte dazu auf einer Tagung des Paritätischen richtig: „Die von der neueren Armutsforschung herausgearbeiteten weiteren Aspekte der Armut – zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Migrationshintergrund, Bildungsdefizite und Bildungschancen, Krankheiten und Behinderung, Familienkonflikte und Vereinsamung, mangelnde Integration in soziale Netzwerke, fehlende Partizipation an kulturellen und politischen Aktivitäten – gehören teils in den Bereich der Ursachen, teils in den der Auswirkungen von materieller Armut, teils liegen sie auf dem Feld akzessorischer Begleiterscheinungen materieller Armut. Sie konstatieren aber nicht Armut, weil sie keineswegs nur Arme betreffen, sondern in unterschiedlicher Weise viel weiter verbreitet sind und auch nicht generell durch staatliche Politik beseitigt werden können.“³⁵

Geld und Einkommen bleiben damit die zentralen Größen zur Bestimmung des Existenzminimums und zur Vermessung der Armut. Selbst wenn darauf verwiesen wird, dass Arbeitslosigkeit doch das eigentliche Armutsproblem sei oder mangelhafte Bildung, wird nie bestritten, dass es am Ende doch wieder um das Einkommen geht. Denn genau dazu sollen Arbeit und Bildung verhelfen.

Am Ende zählt das Geld, und zwar mehr denn je. Wo Gratisressourcen schwinden, wird das individuelle Einkommen immer wichtiger.³⁶ Wo städtische Schwimmbäder privaten Saunalandschaften weichen, wo vielerorts Bibliotheken ebenso geschlossen werden wie Theater oder andere öffentliche Kultureinrichtungen und wo Jugendzentren, Stadtranderholung

oder Gesundheitsberatung dem kommunalen Rotstift zum Opfer fallen, da kommt es immer mehr auf den eigenen Geldbeutel an.³⁷ Oder wenn der private Nachhilfeunterricht in der Oberstufe unserer Gymnasien bereits zum Regelfall wird, wenn die Brille selbst zu zahlen ist und politisch überhaupt kein Hehl mehr daraus gemacht wird, dass im Alter für die allermeisten die Rente allein ohnehin nicht mehr vor Armut schützen wird, dann kommt es mehr und mehr auf das private Einkommen und auf private Vorsorge an. Je weiter öffentliche Daseinsvorsorge heruntergefahren wird, vom ermäßigten öffentlichen Personennahverkehr über das Stadttheater bis zum Rentenniveau, umso höher die Relevanz des individuellen Einkommens. Wir können über Ressourcen diskutieren und über Chancen, wenn wir von Armut sprechen, wir können über Partizipation oder subjektive Befindlichkeiten reden. So wie unsere Gesellschaft jedoch gestrickt ist, läuft es am Ende fast immer aufs Geld hinaus – auf Geld, das man hat oder eben nicht. Geld bestimmt entscheidend den Bewegungsraum in dieser Gesellschaft, Geld bestimmt Zugänge und nach wie vor in ganz erheblichem Maße Bildungschancen.

Die Grundannahme des Konzeptes relativer Einkommensarmut ist, dass das Einkommen tatsächlich die zentrale Schlüsselressource darstellt, um die Komplexität des Phänomens Armut sinnvoll zu reduzieren und auf einen analytischen und relativ leicht messbaren Punkt zu bringen. Dies erzeugt allerdings notgedrungen auch empirische Unschärfen. Das liegt in der Natur der wissenschaftlichen Sache. Bei jedem sozialwissenschaftlichen Messinstrument besteht das Problem, dass soziale Phänomene – sei es Reichtum oder Armut, gesellschaftliche Kohäsion oder Ausgrenzung – empirisch niemals wirklich befriedigend abgebildet werden können. Dies hängt nicht nur mit der stark normativen Durchdringung der jeweiligen Definitionen zusammen. Es liegt auch an der Tatsache, dass die Konstatierung sozialer Phänomene immer nur Konstrukte sind, deren Facettenreichtum notgedrungen erheblich reduziert werden muss, um sie auch nur annähernd theoretisch, geschweige denn empirisch einfangen zu können. Armut ist immer Qualität, ist immer vielgestaltig und auch im Fluss. Will man Armut messen, muss man sie in Quantität und Arithmetik überführen. Das verlangt Zugeständnisse und Vereinfachungen. Das ist der Preis, den man für die empirische Vermessung sozialer Phänomene wie Armut zahlt.

Die Unschärfen des Konzeptes relativer Einkommensarmut fallen allerdings bei weitem nicht so stark ins Gewicht, wie es mancher Kommentator des Paritätischen Armutsberichts scheinen lassen wollte. Vielmehr gleicht sich am Ende vieles wieder aus. Wichtig ist, dass das Messinstrument als Ganzes auch über lange Zeitreihen hinweg trägt.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Es waren nach der Vorlage des Armutsberichtes des Paritätischen immer wieder die Studierenden, die als Beleg dafür herhalten sollten, dass die Messung relativer Einkommensarmut „unsinnig“ und die Ergebnisse überhöht seien. „So gelten neben Hartz-IV-Empfängern auch Studenten als arm“, erklärt Guido Bohsem in der *Süddeutschen* fälschlicherweise seinen Lesern.³⁸ Auch in der *FAZ* lasen wir, dass „praktisch alle ... Studierenden, die in einem eigenen Haushalt leben, per Definition ‚einkommensarm‘“ seien³⁹, obwohl sie doch gute Bildung erfahren und gute Zukunftsaussichten hätten – zwei Paradebeispiele dafür, wie die Unschärfen der Einkommensarmutsmessung an der Datenlage vorbei aufgebauscht werden, um das Gesamtkonzept zu diskreditieren. Worauf die Kritiker nämlich nicht aufmerksam machten: Es sind gerade einmal 47 Prozent der Studierenden, die 2012 allein, in einer WG oder zur Untermiete lebten und damit das angesprochene Klischee erfüllten. Mehr als die Hälfte lebte dagegen bei den Eltern, in einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit oder ohne Kinder oder waren Bewohner von Studentenwohnheimen, die, gleich welches Einkommen sie haben, von der Armutsstatistik gar nicht erfasst werden.⁴⁰ Von denjenigen, die nicht mehr im Elternhaus lebten, verfügten 37 Prozent über ein Einkommen von 900 Euro und mehr und lagen damit ganz klar über der Armutsschwelle, die in 2012, als die Daten zu den Studierenden erhoben wurden, 864 Euro betrug.⁴¹ Die lapidare Behauptung, Studenten gelten im Konzept der relativen Einkommensarmut als arm, ist damit einfach falsch. Auch die eingeschränktere Behauptung, „praktisch alle“ Studierenden mit eigenem Haushalt würden zu den Einkommensarmen gezählt werden, bleibt aufgebauscht und falsch.

Mit anderen Worten: Es werden bei weitem nicht so viele Studierende als arm mitgezählt, wie die Kritik glauben machen will. Zum Teil, weil sie einfach nicht arm sind, zum Teil, weil sie in dem den Armutsberechnungen zugrunde liegenden Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes gar nicht

erfasst werden. Ebenso wenig übrigens wie Obdachlose, arme alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen in Einrichtungen oder Asylbewerber in Sammelunterkünften.⁴² Auch sie fließen in die Messung der Armut überhaupt nicht ein. Das freilich wird von den Kritikern in *FAZ*, *Süddeutsche* oder *Zeit* nicht erwähnt. Über den Grund kann man nur spekulieren. Vielleicht passt es nicht ins Konzept? Passt es vielleicht nicht in die Botschaft von der aufgeblasenen Statistik, den überhöhten Zahlen und der Skandalisierung? Wie auch immer: Was auffällt, ist das offensichtliche Bemühen, „methodische Petitessen“⁴³ selektiv hochzuschrauben um die Vermessung der Armut in Deutschland in Gänze zu diskreditieren.

Es ist nur verständlich, wenn aus Sicht der Wissenschaftler der Wunsch besteht, das Netz breiter auszuwerfen, die Lebenssituation armer Menschen komplexer einzufangen und genauer zu bestimmen. Dem Einkommenskonzept wurde daher in den 1990er Jahren ein Lebenslagenkonzept zur Seite gestellt. Es wurde nach der Wohnsituation geschaut, nach den Bildungsabschlüssen, dem Arbeitsplatz und auch nach der Gesundheit. Die Ergebnisse waren freilich wenig überraschend: Die Einkommensarmen waren meist häufiger arbeitslos, hatten die kleinere und schlechtere Wohnung und meist auch die schlechteren Bildungsabschlüsse.⁴⁴

Später kam in den Berichten sogar ein „Mangel an Teilhabe von Bürgern an der Gesellschaft“ hinzu, „soziale Ausgrenzung“ und schließlich ein „Mangel an Verwirklichungschancen“.⁴⁵ Nach Kumulationen wurde geforscht und nach den möglichen Zusammenhängen von Ursache und Wirkung.

Die Kehrseite jedoch: Je gründlicher der Armutsbegriff ausdifferenziert wurde, desto mehr zerfaserte er. Welche Armut ist eigentlich die schlimmste? Geldnot? Einsamkeit? Wohnungsnot? Der Armutsbegriff ähnelte im Laufe der Jahre mehr und mehr dem sprichwörtlichen Pudding, den man an die Wand nageln will. So klagt der Frankfurter Armutsforscher Richard Hauser 2009 völlig zu Recht: „Wenn man Ursachen von Armut und Verwirklichungschancen im Sinnen von Erwartungen über die künftigen Lebenswege in den Armutsbegriff einbezieht, dann verschwimmt der Armutsbegriff in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen von sozialer Ungleichheit und von Prozessen der Benachteiligung. Damit entsteht die Ge-

fahr, dass infolge eines entgrenzten Armutsbegriffs die für eine Armutsberichterstattung unerlässliche statistische Erfassung und quantitative Messung des Ausmaßes der Armut und des Armutsgrades nicht mehr möglich ist.“⁴⁶ Man darf getrost unterstellen, dass genau dieses dem einen oder anderen sehr recht ist, verringert es doch den politischen Druck, der von dem Armutsbegriff ausgeht, ganz erheblich.

Je kleinteiliger die Armut wissenschaftlich in ihre Einzelfacetten zerlegt wurde und damit tatsächlich jedes Maß verlor, desto klarer traten wieder die Vorteile einer einzigen Schlüsselressource zur Bestimmung von Armut hervor: nämlich das Einkommen. Das Konzept der relativen Einkommensarmut, so viel kann nach nunmehr Jahrzehnten der Armutsforschung festgestellt werden, erweist sich nach wie vor als das beste zur Verfügung stehende Instrument, will man einen Eindruck über das Ausmaß der Armut in Deutschland gewinnen.

Furor, gefühlte Realität und absolute Armut

Auf die sich stets wiederholenden neoliberalen Empörungsrituale, kaum dass der Paritätische seinen Armutsbericht vorgestellt hat, darf man sich verlassen. Überraschend kamen sie also auch 2015 nicht. Neu waren allerdings der Furor und die Aggressivität, mit der die Angriffe in der Presse geführt wurden. „Irreführung“⁴⁷ war noch der geringste der Vorwürfe, die dem Verband gemacht wurden. Von ungerechtfertigter Skandalisierung und Alarmismus⁴⁸ war die Rede, mancher Kommentar wirkte geradezu wütend.⁴⁹ Es ging gar nicht mehr um die Auseinandersetzung mit einem Konzept und mit Statistiken, sondern ganz offenkundig darum, den Paritätischen selbst zu diskreditieren, seine Reputation anzugreifen und seine Glaubwürdigkeit öffentlich anzuzweifeln. Heribert Prantl, Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, Kenner der Medienlandschaft und scharfer Beobachter der gesellschaftspolitischen Vorgänge in Deutschland, brachte es in einem Kommentar sehr schnell auf den Punkt: „Die Armutsdebatte ist eine hochpolitische Glaubwürdigkeitsdebatte. Sie wird ausgetragen zwischen denen, die die Armut in Deutschland für ein aufgeblasenes Schre-

ckensszenario halten, und denen, die die Realität aus täglicher Arbeit kennen.“⁵⁰

Und so wurden manche Blätter in ihrem Bemühen, die Reputation des Paritätischen anzugreifen, auch sehr schnell sehr massiv. Als „Schwindel“ bezeichnete die *Zeit* den Armutsbericht, Schummelei warf sie den Autoren vor.⁵¹ Von statistischen Tricks und „Zahlentricksern“⁵² war auch in der *FAZ* und bei *Focus Online*⁵³ zu lesen. Es ginge dem Verband (mehr oder weniger) um seinen „Geschäftszweck“, hieß es in der *Süddeutschen*. Es ginge darum, die „eigene Bedeutung in den Vordergrund zu rücken“, konnte man bei *Focus Online* lesen.⁵⁴ „Ein Wohlfahrtsverband lebt von der Armut“, glaubte auch das *Zeit-Magazin* aufklären zu müssen, freilich nicht ohne den zuckersüßen Zusatz, dass man das natürlich nicht abwertend meine.⁵⁵

Selbst vor persönlichen Attacken glaubte man keinen Halt mehr machen zu dürfen in diesem Kampf um Glaubwürdigkeit und Diskreditierung: „Schneider, der Aufschneider“, legte die *FAZ* vor. Der „Armutslobbyist Schneider“ verstehe einfach nicht, welchen „Unsinn“ er verbreite, er „müsste mal dringend Urlaub machen, um den Kopf frei zu bekommen“, pöbelten *Focus Online* und *Zeit-Magazin* herum.⁵⁶ Das war in der Tat eine ganz neue Qualität.

Diese Aggression paarte sich mit dem ganz offensichtlichen Widerwillen, sich mit den Ergebnissen und Fakten des Armutsberichtes überhaupt auseinandersetzen zu müssen. Man will schlicht nichts mehr hören von Armut. Von einem absurden Konzept mit entsprechend absurden Rechenergebnissen war von *FAZ* über *Focus Online* bis *Welt* zu lesen, und dass dieser Ansatz nichts mehr mit der Realität in der reichen Bundesrepublik zu tun habe. „Deutschland rechnet sich arm“, titelte auch die *Neue Züricher Zeitung*.⁵⁷

Der relativen Einkommensarmut wurde brachial die rigorose Verneinung einer jeglichen Armut gegenübergestellt, die im Alltag der Mehrheit der Bevölkerung nicht so offensichtlich ist, die nicht in extremen Formen ihren Ausdruck findet und die nicht längst überwunden geglaubte Klischees zu bedienen in der Lage ist. Der empirisch fundierten wurde frech eine „gefühlte Realität“⁵⁸ entgegengesetzt gemäß dem Motto: Was ich nicht sehe und fühle, gibt es auch nicht. Wer mit dem Rad durch Mecklenburg-

Vorpommern radele, so führte Guido Bohsem in der *Süddeutschen Zeitung* seinen persönlichen Armutsbegriff aus, müsse feststellen, dass dort die Radwege „besser in Schuss“ seien als „manche Autobahn-Brücke“ in Westdeutschland. Es glänzten Innenstädte, die Dörfer seien „rausgeputzt“ und die Vorgärten gepflegt. Vor den Häusern stünden Mittelklassewagen, weiß Bohsem von seiner Radtour zu berichten. Ein „Zerrbild der Wirklichkeit“ zeichne, wer sich bei der Bestimmung und Messung von Armut nicht auf Pfandflaschensammler, Bettler oder Obdachlose beschränke, so muss man ihn verstehen. Armut ist ausschließlich offensichtliche Armut.

Bohsems „gefühlte Realität“ erinnert an einen Schreiberling, der aus seiner warmen Schreibstube in die kalte Winterlandschaft hinausschaut, das Außenthermometer erblickt und erklärt, die null Grad, die es anzeige, könnten nicht stimmen. Die Sonne scheine und ihm sei angenehm war. Parallelwelten nennt man das wohl.

Subjektive Wahrnehmungen und Gefühle, sogar Lebenserinnerungen und subjektive Erfahrungen werden dem Versuch entgegengesetzt, Einkommensdiskrepanzen zu messen und damit die Größe jener Gruppe in Deutschland zu erfassen, die nicht teilhaben kann an „der allgemeinen Lebensweise“ in dieser Republik.⁵⁹

Das ist der offenkundige Versuch, Armut wieder auf ein absolutes Maß zu reduzieren, sogar auf pure physisch-existentielle Not, auf extreme Deprivation: „Wer Ulrich Schneider zuhört“, so war nach der Präsentation des Paritätischen Armutsberichtes in der *Welt* zu lesen, „glaubt sich in einem anderen, fremden Land. In einem Land, in dem die alleinerziehenden Mütter mit ihren Kindern unter Brücken schlafen müssen und in dem die Rentner bettelnd durch die Straßen ziehen.“⁶⁰ Die nur notdürftig kaschierte Botschaft hinter der Polemik: Da Alleinerziehende in Deutschland offenkundig noch nicht unter Brücken schlafen müssen und Rentner in aller Regel nicht bettelnd durch die Straßen ziehen, gibt es offensichtlich auch keine Armut in Deutschland.

Kolja Rudzio sieht das ähnlich, wenn er kritisiert, „dass die Armut, so wie sie hier gemessen wird, wenig mit dem gemein hat, was die meisten Menschen darunter verstehen“. So schreibt er in der *Zeit*. „Die meisten Menschen denken bei Armut an Pfandflaschensammler, Bettler und Ob-

dachlose.“ Die Daten des Statistischen Bundesamtes zeichneten dem gegenüber ein „Zerrbild der Wirklichkeit“.⁶¹ Auch dieser Kommentar lässt sich in seiner subtilen sprachlichen Wirkung gar nicht anders interpretieren: Armut wird offensichtlich nur dann unverzerrt dargestellt, wenn man sich auf Pfandflaschensammler, Bettler und Obdachlose beschränkt.

Es ist „eine schon mehr als merkwürdige Verirrung in längst vergessenen geglaubte frühe Phasen der Armutsforschung“, stellt der renommierte Sozialwissenschaftler und Volkswirt Stefan Sell zu recht fest⁶², um dann sarkastisch zu fragen: „Stehen wir vor einer Renaissance der ‚veterinärmedizinisch‘ fundierten Armutsforschung?“⁶³ Es ist in der Tat ein Rückfall auf einen absoluten Armutsbegriff, den wir längst hinter uns glaubten und der Armut erst dann konstatiert, wenn die Befriedigung ganz elementarer, physischer Grundbedürfnisse zur Disposition steht. Und schlimmer noch: Es ist der Rückfall auf eine Position, die Armut solange leugnet, wie man ihr irgendwie ausweichen kann. Es ist der Versuch, die Armut wieder auf Elend zu reduzieren.

Es scheinen diejenigen wieder enger zusammenzurücken, denen es gut geht, die erfolgreich sind und die endlich ungestört die vielen wirtschaftlichen und auch sozialpolitischen Erfolge Deutschlands genießen wollen: „Armut ist keine Erfindung der Statistiker“, schrieb Sebastian Balzter in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. „Es ist deshalb eine Schande, dass der Armutsbericht, den der Paritätische Wohlfahrtsverband in dieser Woche vorgelegt hat, genau diesen Eindruck hinterlässt. Nie gab es so viele Erwerbstätige wie heute. Die Löhne steigen dank üppiger Tarifabschlüsse auf breiter Front. Die Unternehmen können sich das leisten, weil sie blendende Geschäfte machen. Der private Konsum kennt kaum noch Grenzen. Trotzdem behauptet der Bericht: ‚Es gibt keinen Zweifel: Die Armut in Deutschland ist auf Rekordhoch.‘“⁶⁴ Man ist offensichtlich in Feierstimmung und fühlt sich deshalb schlicht „genervt“ von den „Armutlobbyisten“, wie sich ein Kommentator auch ganz unverblümt beklagt.⁶⁵

Man will in Ruhe mit seinem Rad durch Mecklenburg-Vorpommern oder sonst wo herumradeln und die schönen Innenstädte und gepflegten Vorgärten genießen, ohne sich zu fragen, wie viele Menschen um einen herum keine Arbeit haben, wie viele Menschen von Hartz IV und Grundsi-

cherung im Alter leben müssen oder wie viele Menschen trotz Arbeit so wenig mit nach Hause bringen, dass sie keinen dieser Mittelklassewagen fahren, über die sich unser radelnder Kommentator so gefreut hat.

Armut „nervt“. Das stimmt. Und nicht nur das: Sie beeinträchtigt das Wohlbefinden ganz gehörig. Armut ist der Stachel im Fleisch unseres Wohlstandes – ganz gleich, ob wir ihn im Sessel oder auf dem Fahrradsattel spüren wollen.

Die Angst vor der Umverteilung und die nur „angebliche“ Bedürftigkeit

„Armutrisiko“, so wie die 60-Prozent-Schwelle offiziell heißt, war als Begriff noch gut aushaltbar. Risiken gehören zum Leben, Risiken lassen sich beherrschen; nicht jeder, der ein Armutrisiko trägt, muss auch arm sein. Der Paritätische Armutsbericht 2014 spricht jedoch nicht von einem Risiko, er spricht ganz bewusst von Armut. Der Begriff Armut lässt niemanden kalt, weil Armut immer auch Anklage ist. In einer reichen Gesellschaft bezeichnet Armut einen Zustand, der per se nicht hinnehmbar ist. Armut ist zwingend. Armut lässt keine Diskussion mehr zu, wenn der Begriff erst einmal akzeptiert ist. Armut verlangt uns etwas ab. Das ist es, was den Armutsbegriff so brisant macht – politisch und moralisch. Das ist es, was die Härte der momentanen Auseinandersetzung, ihre „Verbissenheit“⁶⁶ erklärt.

Mit Ach und Krach sind unsere Reichen und Superreichen sowie die Anhänger eines Steuersystems, das derlei Reichtum schont, 2013 einer Politik der Umverteilung entkommen. Es gab während des Bundestagswahlkampfes durchaus eine Mehrheit in der Bevölkerung für eine gerechtere und solidarischere Steuerpolitik zum Zwecke der Armutsbekämpfung.⁶⁷ Selbst eine knappe parlamentarische Mehrheit gab es nach der Bundestagswahl. Gleich drei der heute im Bundestag vertretenen Parteien hatten Umverteilung auf ihre Wahlkampffahnen geschrieben. Erst die Koalitionsentscheidung der SPD und das sich anschließende Abrücken ihres Vorsitzenden Sigmar Gabriel von den steuerpolitischen Vorstellungen seiner Partei ließen sie wieder aufatmen. Eine große Koalition und eine Grüne Partei, die sich erst einmal wieder neu sortieren musste, sorgten wieder für vertei-

lungspolitische Ruhe im Lande. Weitestgehend vorbei waren auch das Banker-Bashing und die Empörung über eine Politik, die tatenlos zusieht, wie sich die Einkommens- und Vermögensschere in Deutschland immer weiter öffnet.

Doch saß der Schreck aus der Umverteilungsdiskussion offenbar noch tief. Manche der einschlägigen Kritiker des Armutsberichtes vermochten es offenbar einfach nicht, an sich zu halten. Nachdem sie sich notdürftig an vermeintlichen oder echten methodischen Problem des relativen Armutskonzeptes abgearbeitet hatten, kamen sie endlich zur verteilungspolitischen Sache. *Die Welt* ließ das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln auflaufen: Die Daten des Paritätischen seien zwar in Ordnung, so das arbeitgebernahe Institut, doch trage die „kleine Gruppe (der Reichen) ... schon jetzt einen großen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates bei“. Das jetzige Maß an Umverteilung sei „mindestens ausreichend“⁶⁸. Auch die *FAZ* zeigte sich in ihrer Kommentierung eigentlich noch recht großmütig. Es gehe ja gar nicht um Armut, sondern um Einkommensunterschiede. „Problematisch ist es aber, wenn daraus ein Auftrag an die Politik formuliert wird, wie es der Wohlfahrtsverband mit seiner Forderung nach einem höheren Mindestlohn, langfristig aus der Staatskasse geförderten Arbeitsplätzen und mehr Umverteilung zwischen den Bundesländern tut“, kommt sie auf den politischen Punkt.⁶⁹ Der Berliner Politikwissenschaftler Schröder dreht die Dinge gleich komplett um. Umverteilung wird nicht gefordert, um Armut zu bekämpfen, sondern Armutsberichte, so muss man ihn verstehen, würden geschrieben, um „politische Ziele nach mehr Umverteilung zu untermauern.“⁷⁰ Sprachlich sehr viel rustikaler *Focus Online*: Beim Armutsbericht ginge es einer „Umverteilungslobby“ doch nur darum, „die ‚Reichen‘ zugunsten der Benachteiligten zu schröpfen.“⁷¹

Wenn dann gelegentlich die rhetorische Figur angehängt wird, dass es weit mehr auf bessere Bildungsangebote für arme Kinder oder bessere Hilfen für ihre langzeitarbeitslosen Eltern auf dem Arbeitsmarkt ankomme als auf finanzielle Unterstützung, so scheint das erst einmal sehr einleuchtend. Nichts, was nicht auch der Paritätische in der Armutsdebatte schon gefordert hätte und beharrlich fordert. Nur bleiben die Kommentatoren die Antwort darauf schuldig, weshalb mehr Kita-Plätze oder bessere Bildungs-

angebote höhere Mindestlöhne oder höhere Regelsätze bei Hartz IV überflüssig machen sollten für Familien oder alte Menschen, die nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen. Auch bleiben sie in der Regel die Antwort auf die Frage schuldig, wie denn ohne Umverteilung eine bessere Bildungspolitik oder mehr und bessere Hilfen für Langzeitarbeitslose bezahlt werden sollen. Es drängt sich gelegentlich der Verdacht auf, dass es hier in erster Linie um Ablenkung und weniger um engagiertes Einfordern geht.

Der Armutsbegriff ist ein Imperativ. Und so ist die Auseinandersetzung auch alles andere als eine akademische in irgendeinem Elfenbeinturm. Seien wir ehrlich: Von der Wissenschaft leihen sich viele bestenfalls die passend scheinenden Argumente. Hier geht es um Interessen und Strategien in der politischen Auseinandersetzung und im öffentlichen „Diskurs“, weniger um die Suche nach dem Stein der Weisen. So mahnt beispielsweise Georg Cremer in seinem *FAZ*-Kommentar, dass es „den sozialen Zusammenhalt nicht (fördere), wenn hier real bestehende Armutsprobleme in einer Weise skandalisiert werden, die nicht dem gerecht wird, was der Sozialstaat leistet. Diese Skandalisierung kann Abstiegsängste der Mittelschicht schüren, die Legitimität des Sozialstaats untergraben und den Blick verstellen auf politisch erreichbare Schritte, um die Situation von Menschen am Rande der Gesellschaft zu verbessern.“⁷² Das ist eine klassisch taktische Argumentation, keine fachlich-sachliche.

Armut kann man gar nicht skandalisieren. Armut *ist* der Skandal. Doch schon das Kind bei seinem Namen zu nennen, scheint für manchen bereits eine Zumutung zu sein. Wenig erstaunlich, dass dazu vor allem auch politische Entscheidungsträger und politisch Verantwortliche zählen. So hat noch niemals eine Bundesregierung den Befund einer nennenswerten Armut akzeptieren wollen.⁷³ Daran änderten auch die vier regierungsoffiziellen Armutsberichte nichts, die seit 2001 geschrieben wurden.⁷⁴

Es konnte nicht überraschen, dass sich Arbeitsministerin Andrea Nahles als Regierungsmitglied der Fundamentalkritik von *Zeit* und Co. am Konzept der relativen Einkommensarmut gleich mal anschloss. Nicht nur, dass sie selbst ihrer Mutter hätte erklären müssen, dass es keinen allgemeinen Anstieg der materiellen Armut gibt, wie sie der *Süddeutschen* ver-

riet, auch laufe man Gefahr, „den Blick für die wirklich Bedürftigen zu verlieren“.75 Aus ihrer Sicht sind das zum Beispiel „illegale Einwanderer“ und „sehr viel jüngere Erwerbsgeminderte“.

Was die Arbeitsministerin mit ihrer Formulierung nahelegt: Wo es „wirklich Bedürftige“ gibt, muss es auch *nicht wirklich* Bedürftige in unserem Sozialstaat geben, Menschen, die nur *scheinbar* bedürftig sind. Und es dauerte dann auch keine Woche, bis *Focus Online* daraus die „Debatte um die angebliche Bedürftigkeit“ machte.76 So funktioniert das.

Schaut man sich die Kommentare in *Zeit*, *FAZ*, *Focus Online* oder auch die Aussagen der Arbeitsministerin im Zusammenhang an, so ist die Hauptbotschaft ganz deutlich: Entwarnung, ist alles nicht so schlimm. Viel Wortgeklingel hören wir in den Kommentaren, aber auch eine gewisse Empörung glaubt man zu spüren, wie man es denn wagen könne, die „Leistungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu entwerten“.77 Fast mag man sich wie ein sozialpolitischer Nestbeschmutzer fühlen.

Soviel zur Motivation und Gemengelage widerstreitender Interessen. Aber welche substanziellen fachlichen oder methodischen Argumente wurden in dieser Auseinandersetzung denn nun tatsächlich gegen das Konzept der relativen Einkommensarmut und den Paritätischen Armutsbericht vorgebracht? Verlassen wir dazu die Nebenschauplätze, etwa der Paritätische wolle nur seinen Geschäftszweck unterstützen, er vertrete eine ideologische Position oder er verunsichere die Mittelschicht. Konzentrieren wir uns auf die Daten des Berichtes und echte methodischen Einwände, so waren es eigentlich nur sehr wenige Punkte, die mit einiger Relevanz ins Feld geführt wurden: Erstens der Vorwurf, die Thesen von einem Höchststand und einem neuerlichen Aufwärtstrend seit 2006 ließen sich nicht halten; dann die Behauptung, das Konzept der relativen Einkommensarmut sei ganz grundsätzlich nicht in der Lage, Armut zu erfassen; und ganz konkret komme man bei 60 Prozent des mittleren Einkommens auf Beträge, bei denen man ohnehin nicht von Armut sprechen könne.

Die Kritik am Armutsbericht: von Höchstständen, Datenreihen und Relativität

Es ist bezeichnend für die gesamte Auseinandersetzung der konservativ-liberalen Presse mit den Befunden des Armutsberichtes: Die Feststellung, bei der Armutsquote von 15,5 Prozent handele es sich um einen historischen Höchststand, wurde zwar heftigst kritisiert, aber nicht widerlegt. Wie auch? Es ist ja nun einmal so. Naseweis wurde behelfsweise darauf hingewiesen, das Statistische Bundesamt weise solche Daten doch erst seit 2005 aus. Für die Identifizierung irgendeines historischen Höchststandes gebe es daher überhaupt keine statistische Grundlage.⁷⁸ Fachleute wissen allerdings sehr wohl, dass vergleichbare Datenreihen für Westdeutschland bis in die Mitte der 1980er Jahre und sogar bis in die frühen 1970er Jahre zurückreichen⁷⁹ und dass sich im Vergleich der unterschiedlichen Datenreihen durchaus bestimmen lässt, ob man es mit einem Höchststand zu tun hat oder nicht – ein Vergleich, das sei zugestanden, der sinnvollerweise und der Historie Deutschlands Rechnung tragend, erst ab der Vereinigung Deutschlands angestellt werden kann und sollte.⁸⁰

Auch die statistische Tatsache, dass wir es seit 2006 mit einem klaren „Aufwärtstrend“ bei den Armutsquoten zu tun haben, schien überhaupt nicht gut anzukommen, war jedoch nicht zu widerlegen. Die Armutsquote stieg nach einem erfreulichen Rückgang von 14,7 Prozent (2005) auf 14 Prozent (2006) wieder sukzessive auf 15,5 Prozent in 2013 an. Man könne tatsächlich wieder von einem Trend steigender Armut sprechen – das war der zentrale Befund des Armutsberichtes.⁸¹ Kritiker versuchten zu relativieren: Der Zuwachs zwischen 1998 und 2005 sei deutlich stärker gewesen als der seit 2006, der Anstieg seit 2006 sei dagegen doch eher moderat.⁸² Das ist richtig. Nach Daten des sozioökonomischen Panels stieg die Quote in diesem Zeitraum von 10,4 auf 14,6 Prozent.⁸³ Nur wird dadurch die zentrale Feststellung des Berichtes nicht falsch, wonach die Daten seit 2006 bis 2013 wieder einen besorgniserregenden Aufwärtstrend erkennen ließen.⁸⁴

Im Mai und im Juni 2015 schienen zwei aktuelle Studien den Kritikern auf den ersten Blick doch noch Recht zu geben und den Armutsbericht zu widerlegen. Doch eben nur auf den ersten Blick. Die OECD legte eine Untersuchung zur Entwicklung von Einkommens- und Vermögensungleichheit in den OECD-Ländern vor. Für Deutschland wurde unter anderem fest-

gehalten, dass sich die Einkommensungleichheit insgesamt seit 2007 nicht vergrößert hätte.⁸⁵ Das Ungleichheitsmaß, mit dem die OECD-Studie misst – der sogenannte Gini-Koeffizient – ist jedoch kein Armutsmaß wie die 60-Prozent-Schwelle. Der vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelte Index misst ganz allgemein die Ungleichheit von Verteilungen, wie das Einkommen – und zwar mit Werten zwischen 0 und 1. Besitzt einer alles und die anderen nichts, beträgt der Wert 1, haben alle gleich viel, ist die Varianz 0. Gini-Koeffizient und relative Einkommensarmut haben durchaus miteinander zu tun, sind jedoch keinesfalls zu verwechseln.

Was die Armutsquote in dem OECD-Bericht anbelangt, schrieb die *Die Zeit* durchaus richtig: „... geringfügig hat sich die Lage in der Bundesrepublik auch schon verbessert. Im Jahr 2005 litten nach OECD-Berechnung 9,1 Prozent der Bundesbürger unter relativer Einkommensarmut. Zuletzt waren es 8,4 Prozent.“⁸⁶ (Gemessen an der 50-Prozent-Schwelle). Allerdings wäre der Hinweis hilfreich gewesen, dass „zuletzt“ 2012 bedeutet, die Erkenntnisse also nicht auf dem neuesten Stand waren.

Ähnlich verhielt es sich mit der nur einen Monat später vorgelegten Studie des DIW.⁸⁷ Seit der Jahrtausendwende habe das Armutsrisiko (60 Prozent-Schwelle) in Deutschland signifikant zugenommen, würde sich jedoch von 2010 bis 2012 bei etwas über 14 Prozent einpendeln, war dort zu lesen. „Die Armut in Deutschland wächst nicht und die Schere der Einkommen geht nicht weiter auf“, vermeldet die *Frankfurter Allgemeine* am 17. Juni 2015 auch sogleich.

Nur – und dies blieb unerwähnt: Die DIW-Forscher wiesen auch darauf hin, dass sich nach aktuelleren Daten des Mikrozensus (mit denen der Paritätische Bericht arbeitet), das relative Armutsrisiko „in jüngster Zeit weiter erhöht hat“.⁸⁸ Markus Grabka, Mitverfasser der Studie, unterstützte ausdrücklich den zentralen Befund des Paritätischen Armutsberichtes, wenn er in einem Interview einräumte: „Das Armutsrisiko in Deutschland hat sich (nach den Daten des SOEP; Anm. d. V.) zwischen den Jahren 2000 und 2005 von gut zehn Prozent auf fast 15 Prozent deutlich erhöht und hat sich in den letzten Jahren bei etwa 14 Prozent eingependelt. Nimmt man aber einen alternativen Datensatz wie zum Beispiel den Mikrozensus vom Statis-

tischen Bundesamt, sehen wir, dass seit dem Jahr 2006 ein Anstieg zu beobachten ist und aktuell Werte von über 15 Prozent erreicht werden.“⁸⁹

Es ist dieser Aufwärtstrend seit 2006, auf den es politisch ankommt, der tatsächlich alarmieren sollte und der die offene Frage aufwirft, weshalb er nach dem Rückgang in 2005 eingesetzt hat und was ihn trägt. Statistiken können immer nur Schlaglichter werfen und Fingerzeige geben für ungute Entwicklungen. Die Ursachenanalyse würde freilich den Einsatz weit größerer Ressourcen erfordern. Die Politik hätte es allerdings in der Hand, beispielsweise in den Armutsberichten der Bundesregierung genau dieser und anderen Fragen, die der Armutsbericht des Paritätischen aufwirft, nachgehen zu lassen.

Das zentrale Argument der Kritiker gegen das Konzept der relativen Einkommensarmut bleibt jedoch seine Relativität selbst. Es könne lediglich Einkommensunterschiede erfassen, nicht aber Armut. Kaum ein Kritiker konnte es sich verkneifen „vorzurechnen“, dass selbst dann, wenn alle Menschen in Deutschland 100-mal mehr Einkommen hätten und der Wohlstand gleichsam „explodieren“ würde, nach dem Konzept der relativen Einkommensarmut die Armut trotzdem immer die gleiche bliebe. Das sinnfällige Bild von der theoretischen Armut selbst bei „explodierendem Wohlstand“, eingeführt in einem Kommentar von Guido Bohsem im Wirtschaftsteil der *Süddeutschen Zeitung* am 21. Februar 2015, wurde fast wortgleich aufgegriffen im *Zeit*-Kommentar von Kolja Rudzio vom 26. Februar 2015. Am 27. März wanderte es in den Mund von Andrea Nahles, interviewt für die *SZ* von Guido Bohsem. Nachdem Bohsem das Ganze unter der Überschrift „Warum man Armut neu definieren muss“ in der *SZ* vom 30. März noch einmal aufgewärmt hatte, wurde dann am 2. April 2015 von Uli Dönchs alles zusammen schlussverwertet auf *Focus Online*. So geht das.

„Prima Vista war das ein Argument von frappierender, verblüffender Einfachheit“, so Heribert Prantl, Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, zum Argument des explodierenden Einkommens, „aber aufs zweite Nachdenken von eklatanter Blödigkeit – weil ein solcher Einkommenszuwachs natürlich mitnichten automatisch ein Wohlstandszuwachs wäre.“⁹⁰

Dem ist wenig hinzuzufügen, außer vielleicht, dass jene Kommentatoren, die solche „Blödigkeit“ in die Welt setzten, gar nicht so blöde waren. Sondern dass sie mit derlei Bildern und absurden Zahlenspielen bei ihren Lesern einfach nur einen Bericht und ein Konzept kaputt schreiben wollten, die ihnen offensichtlich nicht passten, aus welchen Gründen auch immer. Und weil sie einen anderen, sehr viel engeren Armutsbegriff etablieren möchten.

Bewusst unterschlugen sie, worauf einer der Autoren des Armutsbereiches in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* aufmerksam machte: „Das vorgebrachte Gedankenspiel hätte zu Ende gedacht nichts anderes zur Folge als ein massives Wachstum der Inflation. Man hätte zwar mehr Einkommen, aber alles würde auch mehr kosten. Wer glaubt, während der Hyperinflation in den 1920er Jahren hätten die Menschen in größerem Wohlstand gelebt, weil sie ein Einkommen in Milliardenhöhe bezogen haben, der glaubt auch, dass ein Zitronenfalter Zitronen faltet.“⁹¹

Und selbst dort, wo der Einkommenszuwachs nicht durch Preissteigerungen aufgefressen wird, wo also das „allgemeine“ Wohlstandsniveau durchaus wächst, behält der relative Armutsbegriff seine Bedeutung. Mehr noch: Er wird umso relevanter, als es gerade nicht um eine absolute Wohlstands- oder Armutssposition geht. Es geht um Teilhabemöglichkeiten, um Wohlstandsgefälle, die für die, die sich auf den unteren Sprossen der Wohlstandsleiter befinden, mit den harten Erfahrungen der Ausgrenzung verbunden sind. Es geht um das Zusammenhalten dieser Gesellschaft, um die Begrenzung von Ungleichheit und die Bekämpfung von Fliehkräften.

Das Konzept der relativen Einkommensarmut legt ein Gesellschaftsbild zugrunde, das einen gewissen Gemeinschaftsgedanken impliziert. Es beschreibt nicht lediglich, es geht vielmehr von einem sozialen Anspruch aus: dass es nämlich einen jeden in dieser Gesellschaft „mitzunehmen“ gilt; dass eine Gesellschaft nicht erst dann unsozial wird, wenn sie zulässt, dass bestimmte absolute Armutsschwellen unterschritten werden. Sie ist bereits dann unsozial, wenn die Einkommensunterschiede zu groß werden und dadurch bis in die Mitte hinein Lebensstile und Lebensstandards etabliert werden, bei denen immer mehr Menschen nicht mehr „mithalten“ können.

60-Prozent-Schwelle und Existenzminimum

Zugegeben: Wer mit einem solchen Gesellschaftsbild nichts anzufangen weiß, wer in wachsenden Einkommensunterschieden kein ernsthaftes Problem sieht, so lange alle in dieser Gesellschaft etwas zu Essen, ein Dach über dem Kopf, Teilhabegutscheine oder Tafeln haben – der wird auch mit dem Begriff relativer Einkommensarmut nichts anfangen können. Für diese Kritiker dürfte das derzeitige Niveau von Hartz IV und Altersgrundsicherung durchaus bereits geeignet sein, Armut zuverlässig zu verhindern. Und deshalb konnte es auch überhaupt nicht überraschen, dass heftigst in Abrede gestellt wurde, dass die Schwellenwerte für die Armutsberechnungen 2013 – 892 Euro im Monat bei einem Single oder 1873 Euro für eine vierköpfige Familie mit zwei jüngeren Kindern – Armut bezeichnen.

Dies ist freilich eine Kritik, die ins Beliebige abgeleitet muss. Selbstverständlich kann man sie so äußern. Genauso wie man das Gegenteil behaupten kann. Es wird immer auf den eigenen Standpunkt, das eigene Menschenbild und das eigene Gesellschaftsbild ankommen, ob ich eine solche Behauptung für plausibel halte oder nicht. Es gibt nun einmal keinen wissenschaftlich-archimedischen Punkt, von dem aus Armut objektiv zu definieren wäre. Es gibt auch keinen solchen Punkt, von dem aus das soziokulturelle Existenzminimum objektiv zu definieren wäre.

Wer kein Problem damit hat, wenn er sich im Supermarkt an der Fleischtheke, ohne auf den Preis achten zu müssen, teure Steaks einpacken lässt, während zehn Meter weiter eine alte Frau die billigsten Nudeln und zwei Eier in ihren Einkaufswagen packt, weil es für mehr nicht reicht, der wird kaum von Armut sprechen, wird sie gar nicht sehen können. Wer es für völlig in Ordnung hält, regelmäßig ins Kino zu gehen oder teure Konzerte zu besuchen, gern und häufig Freunde einzuladen, zwei- bis dreimal im Jahr Urlaub zu machen und ansonsten Wert auf gediegene Markenware zu legen, während die Familie in der Nachbarschaft sich nicht einmal einen Zoobesuch leisten und nur ins Theater gehen kann, wenn die Oma „zuschießt“, das Kind aus dem Sportverein abmelden muss und der Vater ohnehin nicht mehr zum Kegelabend geht, weil es nicht mal mehr für

das eigene Bier reicht, geschweige denn für die gelegentliche Runde – wer all das in Ordnung findet, weil „ja alle irgendwie klarkommen“, der kennt einfach keine Armut und wird sie auch niemals erkennen können.

Und selbst, wenn er sie sehen sollte: Er wird sie als Armut nur dann akzeptieren können, wenn er zugleich bereit ist zu teilen. Denn es gilt nach wie vor, was die Sozialwissenschaftlerin Marie-Luise Stiefel bereits vor fast 30 Jahren zu der unschönen und deshalb selten zugestandenen Wechselwirkung von Armutsdefinition und der Bereitschaft zu Teilen festhielt: „Je nachdem, wie viel oder wie wenig wir bereit sind, vom insgesamt erwirtschafteten Wohlstand für die Verhinderung und Behebung von Notlagen in der Bevölkerung abzuzweigen, werden wir bei der inhaltlichen Festlegung des Begriffes Armut die Grenzen weiter oder enger abstecken.“⁹²

Das Konzept relativer Einkommensarmut und die Konzepte absoluter Armut, wie sie sich im Warenkorb und im Statistikmodell wiederfinden, sind sehr verschieden. Sie fußen auf sehr unterschiedlichen Gesellschaftsbildern, Idealen und auch Gerechtigkeitsbegriffen. Dies soll keinesfalls verwischt werden. Aber trotzdem möchte ich versuchen, eine argumentative Brücke zu bauen zu jenen, die das Konzept relativer Einkommensarmut ablehnen, und ihrem Verständnis absoluter Armut näher zu kommen. Das Statistikmodell zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze dürfte dabei die einzige Schnittstelle sein. Es gibt gute Gründe, diese Methode der Regelsatzbemessung sehr grundsätzlich anzuzweifeln. Ich habe sie an anderer Stelle bereits erwähnt. Anstatt Bedarfe zu definieren, werden im Grunde lediglich Einkaufslisten von Menschen zusammengestrichen, die ohnehin kaum Geld haben. Doch ist es ein Verfahren, auf das sich alle Akteure erst einmal nolens volens und bei noch so starken „Bauchschmerzen“ eingelassen haben. Um jene Brücke zu bauen, kann es so durchaus interessant sein zu schauen, wie sich die 60-Prozent-Schwelle der relativen Armut und die Hartz-IV-Schwelle zueinander verhalten.

399 Euro sind es derzeit für einen Erwachsenen sowie das Geld für die Wohnkosten, die das Existenzminimum in Hartz IV markieren sollen. Angeblich schützen sie ihn vor Armut und ermöglichen es, nicht nur seine Grundbedürfnisse vom Essen bis zur Kleidung zu stillen, sondern auch teilzuhaben am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, von der Literatur über

die Musik bis zur sportlichen Betätigung. Bei den Kindern müssen zwischen 234 und 302 Euro reichen. Die sind ja auch kleiner, so lautet wohl die Logik, und brauchen deshalb nicht so viel. Allerdings kommt bei ihnen noch ein 10-Euro-Gutschein für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder ähnliches hinzu, gelegentlich die Übernahme der Kosten für einen Schulausflug und 8 Euro im Monat für alles, was die Schule noch so an Kosten mit sich bringt.

Diese Regelsätze sind Kümmersätze. Das sei ganz klar gesagt. Niemand, der die Geschichte der Regelsatzberechnung in ihren Details kennt, wird ernsthaft bestreiten können, dass bereits zur Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 die Beträge an allen Bedarfen vorbei zielgerichtet kleingerechnet wurden, um haushaltspolitischen Vorgaben zu genügen.⁹³ Der Vorgang wiederholte sich 2010, als auch das Bundesverfassungsgericht eine Neuberechnung forderte, weil es in der Festsetzung der Regelsätze Willkür entdeckte und einen Verstoß gegen Artikel 1 des Grundgesetzes, gegen die Menschenwürde. Damals wurde erneut hemmungslos in die Statistik eingegriffen, es wurden sogar die Berechnungsgrundlagen selbst so verändert, dass man um eine deutliche Erhöhung der Regelsätze herum kam.⁹⁴

Hätte man bei der Festsetzung der Regelsätze auf alle sachfremden und vor allem haushaltspolitisch motivierten Eingriffe in die Statistik verzichtet, müsste der Regelsatz derzeit nicht 399 Euro, sondern 485 Euro betragen.⁹⁵ 485 Euro und Wohnkosten markieren nach dem Statistikmodell ohne die besagten manipulativen Eingriffe das Existenzminimum.⁹⁶ Für die vierköpfige Familie wären es, der Regelsatzschematik folgend, je nach Alter der Kinder zwischen 1468 Euro und 1650 Euro Regelbedarf plus Wohnkosten.⁹⁷ Dies ist keine exklusive Meinung des Paritätischen. Mit ganz ähnlicher Kritik kommen zu ganz ähnlichen Beträgen auch der Deutsche Caritasverband⁹⁸, das Diakonische Werk Deutschland⁹⁹ und verschiedene mit der Materie vertraute Fachwissenschaftler.¹⁰⁰

Um nun besagte Brücke zu bauen, kann die Frage gestellt werden: Wie verhalten sich die Bedürftigkeitsschwelle nach dem Statistikmodell einerseits und die 60-Prozent-Schwelle des relativen Einkommenskonzeptes andererseits in Euro und Cent zueinander?

Das ergibt doch gar keinen Sinn, werden die Kritiker nun erneut einwerfen: Die einheitliche 60-Prozent-Schwelle für ganz Deutschland wird doch den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten zwischen München und Greifswald, zwischen Wiesbaden und Dortmund überhaupt nicht gerecht. Verwiesen wird dabei gelegentlich auf eine Studie, in der das Institut der Deutschen Wirtschaft kaufkraftbereinigte regionale Armutsquoten berechnet hat, um nachzuweisen, dass ein flächendeckender Mindestlohn die Realität nicht treffe.¹⁰¹

Aber auch hier steckt der Teufel im Detail. Regionale Lebenshaltungskosten werden in der Regel nach standardisierten Warenkörben bemessen: Was kosten die gleichen Produkte und Dienstleistungen an den verschiedenen Flecken in Deutschland? Geht es um arme Menschen, ergibt dieses an sich richtige Verfahren allerdings nur begrenzt Sinn. Menschen mit sehr wenig Geld haben gezwungenermaßen ein anderes Verbrauchsverhalten als Menschen mit durchschnittlichem, geschweige denn hohem Einkommen. Auch gibt es regional durchaus relevante Unterschiede, was den Mindestbedarf selbst angeht – beispielsweise bei den Mobilitätskosten und dem öffentlichen Personennahverkehr. Man bräuchte für kaufkraftbereinigte regionale Armutsquoten tatsächlich regional spezifische Warenkörbe speziell für die Menschen in der Armut. Ein solches tragfähiges Modell gibt es noch nicht.

Beim Vergleich von 60-Prozent-Schwelle und Statistikmodell, können wir uns so behelfen, dass wir uns die durchschnittlichen Wohnkosten der Hartz-IV-Bezieher in den 402 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands anschauen, um so regional unterschiedliche Existenzminima zu berechnen.¹⁰²

Da die Regelsatzhöhen je nach Alter der Kinder differieren, war es in unserer kleinen Studie darüber hinaus nötig, nicht nur unterschiedliche Haushalte zu unterscheiden, sondern auch das unterschiedliche Alter der Kinder zu berücksichtigen. So wurden für jeden der 402 Kreise 16 verschiedene Niveaus berechnet: von Singles und Paarhaushalten über Paarhaushalte mit ein oder zwei Kindern unterschiedlichen Alters bis zu Alleinerziehenden mit unterschiedlicher Kinderzahl unterschiedlichen Alters. Die Spanne der regionalen Bedürftigkeitsgrenzen reicht dann bei Singles von

Wunsiedel im Fichtelgebirge mit einem Niveau von 751 Euro bis zu Starnberg mit 986 Euro, bei Paaren mit zwei Kindern von bspw. 13 und 16 Jahren von 2041 Euro im Kreis Hof bis zu Starnberg mit 2041 Euro.

Ebenso wurde für alle diese Haushaltskonstellationen die 60-Prozent-Schwelle berechnet, die in unseren Berechnungen von den bekannten 892 bei Singles bis hin zu 2052 Euro bei Paaren mit zwei Kindern älter und jünger als 14 Jahre reicht.

Das Ergebnis: Bei fast allen Haushalten, in denen Kinder leben, lag die 60-Prozent-Schwelle noch unterhalb des Grundsicherungsniveaus nach dem Statistikmodell (Regelsätze, Bildungs- und Teilhabepaket plus Wohnkosten). Nur bei Paaren mit einem älteren Kind (14 bis 17 Jahre) war in einer Mehrzahl der Kreise (222) die 60-Prozent-Schwelle oberhalb der Grundsicherungsschwelle.

Bei Singles und kinderlosen Paaren war es umgekehrt. In lediglich zehn bzw. 63 der 402 Kreise lag die relative Einkommensgrenze noch unter dem Grundsicherungsniveau. In den allermeisten Fällen war sie höher – allerdings nicht wesentlich, sondern in der Spitze bei etwa 170 Euro für Singles und 210 Euro bei Paaren.

Das heißt: Für die große Mehrheit der Menschen, die in Haushalten unterhalb der 60-Prozent-Schwelle leben, ist auch das soziokulturelle Existenzminimum nach dem Statistikmodell unterschritten. Die anderen liegen häufig nur geringfügig über dieser Armutsgrenze. Die 60-Prozent-Schwelle ist damit „eine in ihrer Höhe plausible Kennziffer zur Bestimmung von Einkommensarmut“, wie es der Paritätische in seinem Bericht formulierte.¹⁰³ Voraussetzung ist allerdings, dass man in der Tat die (nicht manipulierten) Regelsatzhöhen und Grundsicherungsniveaus nach dem Statistikmodell als Armutsgrenze akzeptiert.

Armut muss berühren

Dies jedoch, das sei eingestanden, hängt erneut allein vom Betrachter ab, davon, was er unter Armut verstehen *will*. Man kann jede Grenze und jedes Maß ablehnen, wenn man nur schlechten Willens ist. Dann ist man halt wieder beim Flaschensammler und beim Obdachlosen.

Armut kann, und das ist die Crux, letztlich immer nur das sein, worauf wir uns verständigen, was sie ist – bei aller intellektuellen Annäherung an Rechen- und Statistikmodelle. Es ist die emotionale Komponente, die die Verständigung letztlich so schwierig macht. Man muss Statistik auf Alltag herunterbrechen – das ist schon schwierig genug. Um dann noch zu dem Schluss zu gelangen, dass es sich in einer ganz konkreten, alltäglichen Situation um Armut handeln könnte, reicht es nicht mehr aus, sie lediglich intellektuell zur Kenntnis zu nehmen und zu reflektieren. Es braucht zudem eine subjektive, emotionale Berührung.

Dabei geht es nicht um Mitleid, da es sich gar nicht um Leid im eigentlichen Sinne handeln muss. Es kann Empörung sein, es kann Trauer sein, Zorn, Wut oder Resignation; doch bedarf es irgendeiner emotionalen Regung. Ohne Emotion ist die Verständigung auf einen tragfähigen Konsens zum diffusen Problem der Armut als Grundlage eines gemeinsamen Handelns schwer möglich. Wer nicht traurig werden kann angesichts von Ausgrenzung, Frust und Resignation, wer sich nicht empören und aufregen kann, dem ist zumindest die Fähigkeit der Scham zu wünschen. Denn falsch war es nicht, was der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem ersten Armutsbericht schon vor über 25 Jahren festhielt: „Es geht um unsere Schamgrenze angesichts gravierender Disparitäten in den Lebensverhältnissen. Es geht um unsere Schamgrenze angesichts höchst ungleicher Chancen zu einem menschenwürdigen Dasein und individueller Selbstverwirklichung. Was wir in diesem Zusammenhang nicht hinzunehmen bereit sind, und wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land, ist letztlich Armut.“¹⁰⁴

¹ *Die Zeit* v. 26.2.2015, „Armutsschwindel“

² *FAZ* v. 21.2.2015, „Armut auf dem Papier“

³ *Focus Online* am 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015)
http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

⁴ *FAZ* v. 27.4.2015, „Die tief zerklüftete Republik“

⁵ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014“, von Ricarda Krause, Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling, Christian Woltering Berlin 2015

⁶ *Die Welt* v. 19.2.2015, „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“

⁷ *Süddeutsche Zeitung* v. 21.2.2015, „Falsch berechnet“

⁸ *Neue Züricher Zeitung* vom 24.2.2015, „Zweifelhaftes Maß, falsche Rezepte – Deutschland rechnet sich arm“

⁹ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...“ Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11/12/1989

¹⁰ vgl. die Parlamentarische Fragestunde zum Armutsbericht des Paritätischen am 25. April 1999, Deutscher Bundestag: „Protokoll der 206. Sitzung vom 25.4.1999“

¹¹ Thomas Linke, „Grund zum Nachdenken“, in: *Die Welt* v. 10.11.1989

¹² DGB, Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Armut in Deutschland“, von Walter Hanesch, Wilhelm Adamy, Rudolf Martens, Doris Rentzsch, Ulrich Schneider, Ursula Schubert, Martin Wißkirchen, Reinbek bei Hamburg 1994

¹³ Hans-Böckler-Stiftung, DGB, Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Armut und Ungleichheit in Deutschland“, von Walter Hanesch, Peter Krause, Gerhard Bäcker, Michael Maschke, Birgit Otto, Reinbek bei Hamburg 2000

¹⁴ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Unter unseren Verhältnissen ... – der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland“, von R. Martens, Berlin 2009

¹⁵ Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011“, von Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling, Christian Woltering, Berlin 2011; Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012“, Berlin 2012; Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013“, von Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling, Christian Woltering, Ricarda Krause, Berlin 2013; Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014“, von Ricarda Krause, Ulrich Schneider, Gwendolyn Stilling, Ulrich Schneider, Berlin 2015;

¹⁶ Vgl. zum politischen und publizistischen Widerstand gegen den relativen Armutsbegriff ausführlich die Ausführungen von Christoph Butterwegge in diesem Band

¹⁷ vgl. Walter Schellhorn u.a. 2006: *SGB XII – Kommentar zum Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe*, München S. 32

¹⁸ ab 2003 auch mit der sogenannten Altersgrundsicherung, eine Art Sozialhilfe-Sonderedition für alte und erwerbsunfähige Menschen, sowie mit Hartz IV ab 2005

¹⁹ s. *Der Spiegel* 52/1984: „Die knacken denen die Kalorien weg – Sozialexperten streiten um das Existenzminimum für Bundesbürger“

²⁰ Bezieher von Grundsicherung werden dabei allerdings herausgerechnet, um keine Zirkelschlüsse zu produzieren.

²¹ vgl. ausführlich: Ulrich Schneider 2010, a.a.O., 154ff.

²² Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1983: „Schlußbericht der Kommission an den Rat über das erste Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut“, Brüssel

²³ vgl. Hauser Richard u.a. 1982: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven*, Frankfurt am Main/New York

²⁴ vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: „Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2001, S. 26/29

²⁵ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: „Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2005

²⁶ vgl. Ulrich Schneider 2010, a.a.O., S.24f.

²⁷ vgl. *Die Zeit* v. 26.2.2015, „Armutsschwindel“; *Die Welt* v. 19.2.2015, „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“

²⁸ Vgl. zu den Klischees der Armut auch die Beiträge von Stefan Sell und Christoph Butterwegge in diesem Band

²⁹ vgl. Silvia Deckl: „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union“, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Wirtschaft und Statistik*, März 2013, S. 221ff.

³⁰ vgl. Jan Goebel, Markus M. Grabka, Carsten Schröder: „Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch“, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 25 2015, S. 573

³¹ Derlei Statistiken machen lediglich Sinn, wenn sie als ein Baustein in eine spezifische Fragestellung oder Kontext eingebettet sind, wie etwa in den Ausführungen von Rudolf Martens in diesem Band

³² Vgl. aus ökonomischer Sicht hierzu auch die Ausführungen von Stefan Sell in diesem Band

³³ s. den Austausch offener Briefe zwischen Ulrich Schneider und Kolja Rudzio, Redakteur der *Zeit*. <http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio/>
<http://www.zeit.de/2015/09/armut-bericht-paritaetische-wohlfahrtsverband>
<http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio-kopie-1/>

³⁴ vgl. hierzu auch die kritischen Fragen von Stefan Sell in diesem Band

³⁵ Richard Hauser 2009: „Stand und Perspektiven der ArmutBerichterstattung aus Sicht der Armutforschung“, Vortrag im Rahmen der Tagung 20 Jahre Bundesweite ArmutBerichterstattung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband in Kooperation mit der Paritätischen Forschungsstelle am 5. November 2009 in Berlin, S. 6 (Abruf 05/2015), <http://www.paritaet-alsopfleg.de/index.php/downloadsnew/soziales-wohnungsloshilfe/arbeitshilfen-1/780-stand-und-perspektiven-der-armutsberichterstattung-prof-dr-hauser-05-11-09/file>

³⁶ Von den Zeitungskommentaren zum Armutbericht war es lediglich Guido Bohsem von der *Süddeutschen Zeitung*, der sich zu der, was die Armutforschung betrifft, sehr simplifizierenden und deshalb irigen Behauptung versteigt, Armut werde „inzwischen weniger über Geld als über eine würdevolle Teilhabe an der Gesellschaft definiert“, SZ v. 21.2.2015

³⁷ vgl. Ernst & Young: „Kommunen in der Finanzkrise: Status quo und Handlungsoptionen“, EY Kommunenstudie 2014

³⁸ „Falsch berechnet“, in: SZ v. 21.2.2015

³⁹ „Die tief zerklüftete Republik“, in: FAZ v. 27.4.2015

⁴⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung“, von Elke Midden-dorff, Beate Apolinarski, Jonas Poskowsky, Maren Kandulla, Nicolai Netz, Berlin 2013, S. 404

⁴¹ a.a.O., S. 202

⁴² vgl. dazu die Erläuterungen des Statistischen Bundesamtes (Abfrage 05/2015), <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/pdf/Mikrozensus.pdf>

⁴³ So Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen, nach einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* v. 29.4.2015: „Streit über den Umgang mit der Armut“

⁴⁴ vgl. DGB, Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Armut in Deutschland“, von Walter Hanesch, Wilhelm Adamy, Rudolf Martens, Doris Rentzsch, Ulrich Schneider, Ursula Schubert, Martin Wisskirchen, Reinbek bei Hamburg 1994

⁴⁵ vgl. Richard Hauser: „Stand und Perspektiven der ArmutBerichterstattung aus Sicht der Armutforschung“, Vortrag im Rahmen der Tagung „20 Jahre bundesweite ArmutBerichterstattung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ am 5. November 2009 in Berlin (Abfrage 05/2015), <http://www.paritaet-alsopfleg.de/index.php/downloadsnew/soziales-wohnungsloshilfe/arbeitshilfen-1/780-stand-und-perspektiven-der-armutsberichterstattung-prof-dr-hauser-05-11-09/file>

⁴⁶ Richard Hauser, a.a.O., S. 7

⁴⁷ *Süddeutschen Zeitung* v. 21.2.2015 „Falsch berechnet“

⁴⁸ FAZ v. 27.4.2015, „Die tief zerklüftete Republik“

⁴⁹ *Focus Online* v. 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armut-lobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015)
http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html

⁵⁰ SZ v. 3.4.2015, „Wer in Deutschland arm ist“

⁵¹ *Die Zeit* v. 26.2.2015, „Armutsschwindel“

⁵² FAZ v. 21.2.2015, „Arm auf dem Papier“

⁵³ *Focus Online* v. 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armut-lobbyisten nur noch nerven“

⁵⁴ *Focus Online* v. 28.4.2015, „Wächst die Armut wirklich? Kritik an Sozialverbänden“ (Abfrage 05/2015), http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/waechst-die-armut-wirklich-kritik-an-sozialverbaenden_id_4643270.html

⁵⁵ vgl. Harald Martenstein: „Über Armutforscher und Nesthocker“, in: *Zeit Magazin* Nr. 20/2015

-
- ⁵⁶ *Focus Online* v. 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Arme erfinden“ ; Harald Martenstein: „Über Armutsforscher und Nesthocker“, in: *Zeit Magazin* Nr. 20/2015,
- ⁵⁷ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/deutschland-rechnet-sich-arm-1.18489800> (Abfrage 05/2015)
- ⁵⁸ *Süddeutsche Zeitung* v. 21.2.2015, „Falsch berechnet“
- ⁵⁹ Ähnlich auch Georg Cremer in der *FAZ* v. 27.4.2015: „Die Behauptung noch nie hätten so viele Menschen hierzulande in Armut gelebt wie heute, suggeriert ein absolutes Maß an Armut und widerspricht der Lebenserfahrung aller, die sich an die materielle Situation in Deutschland in früheren Dekaden erinnern können.“
- ⁶⁰ *Die Welt* v. 19.2.2015 unter der Rubrik „Wohlstand“: „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“
- ⁶¹ *Die Zeit* v. 26.2.2015, „Armutsschwindel“
- ⁶² „Das doppelte Kreuz mit der Armut und der Herkunft: Die (angeblichen) Armutskonstrukteure schlägt man und die Ständegesellschaft 2.0 wird nur angeleuchtet“, Blogbeitrag v. 3.4.2015 (Aufruf 05/2015), <http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/04/3-armut-und-herkunft.html>
- ⁶³ „Die Armut kriegen wir auch noch wegdefiniert. Stehen wir vor einer Renaissance der ‚veterinärmedizinisch‘ fundierten Armutsberichterstattung?“ Blogbeitrag vom 27. März 2015 (Abfrage 05/2015) <http://www.aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2015/03/27-armut.html>
- ⁶⁴ „Armut auf dem Papier“, in: *FAS* v. 21.2.2015
- ⁶⁵ *Focus Online* am 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015), http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html.
- ⁶⁶ Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* vom 3.4.2015: „Wer in Deutschland arm ist“
- ⁶⁷ vgl. Der Paritätischer Gesamtverband : Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellung der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik. Berlin Umfrage aus dem Mai 2013 sowie Folgeumfrage aus September 2003
- ⁶⁸ *Die Welt* v. 4.4.2015, „14,7 Prozent aller Deutschen sind arm“
- ⁶⁹ *FAZ* v. 21.2.2015, „Arm auf dem Papier“
- ⁷⁰ „„Alles, was moralisch aufgeladen ist, kommt gut an‘, sagte der Politikwissenschaftler, jeder, der idealistisch eingestellt ist, hat den Impuls, etwas gegen Missstände zu tun‘. Oft gehe es bei solchen Darstellungen auch darum, politische Ziele nach mehr Umverteilung zu untermauern.“ *Wirtschaftswoche*, Eintrag v. 27.04.2015, „Wächst die Armut in Deutschland wirklich?“ (Aufruf 05/2015) <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/soziale-lage-waechst-die-armut-in-deutschland-wirklich/11700870.html>
- ⁷¹ *Focus Online* am 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015), http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html
- ⁷² *FAZ* v. 27.4.2015, „Die tief zerklüftete Republik“
- ⁷³ vgl. Ulrich Schneider a.a.O., S. 11 ff.
- ⁷⁴ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: „Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2001; Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: „Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2005; Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2008; Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2012
- ⁷⁵ Interview mit Andrea Nahles in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. März 2015: „Ein schönes Auto fahren, das ist für mich Luxus“, von Guido Bohsem und Thomas Öchsner
- ⁷⁶ *Focus Online* am 2.4.2015, „Reiche verteufeln, Bedürftige erfinden. Warum die Armutslobbyisten nur noch nerven“ (Abfrage 05/2015), http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/reiche-verteufeln-beduerftige-erfinden-warum-die-armuts-lobbyisten-nur-noch-nerven_id_4584787.html
- ⁷⁷ *FAZ* v. 27.4.2015, „Die tief zerklüftete Republik“
- ⁷⁸ *Die Zeit* v. 26.2.2015, „Armutsschwindel“
- ⁷⁹ vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: „Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bonn 2001

⁸⁰ s. offenes Schreiben an Kolja Rudzio v. 4.3.2015 (Abfrage 05/2015), <http://www.der-paritaetische.de/nc/pressebereich/artikel/news/offener-brief-von-ulrich-schneider-an-zeit-redakteur-kolja-rudzio/>

⁸¹ s. Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.) 2005, a.a.O., S. 4 f.

⁸² FAZ v. 27.4.2015, „Die tief zerklüftete Republik“

⁸³ vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012, a.a.O., S. 462

⁸⁴ Damit wäre übrigens auch die Frage beantwortet, weshalb der Paritätische in seinem Bericht Daten erst ab 2006 und nicht ab 2005 abbildet, was einer der Kritiker monierte. Der Bericht konzentriert sich in seinen grafischen Darstellungen auf die Illustration der Thesen und vermeidet es aus redaktionellen Gründen mit Absicht, irgendwelche lange Reihen abzubilden. Erst mit der Betrachtung seit 2006 zeigt sich der politisch besorgniserregende Aufwärtstrend.

In 2014 ist die Armutsquote gegenüber 2013 wieder um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Ob damit der Negativtrend seit 2006 gestoppt oder sogar der Beginn einer Trendumkehr markiert ist, bleibt allerdings noch offen.

⁸⁵ OECD 2015: „In it Together: Why less Inequality Benefits All“, Paris (Abfrage 08/2015), http://www.oecd-ilibrary.org/employment/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all_9789264235120-en

⁸⁶ „Stillstand trotz Aufschwung. In vielen Ländern wächst der Abstand zwischen Arm und Reich. Deutschland steht besser da – aber nur vordergründig“, von Kolja Rudzio, in: *Die Zeit* v. 28.5.2015

⁸⁷ Jan Goebel, Markus M. Grabka, Carsten Schröder 2015: „Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht“, in: *DIW-Wochenbericht* Nr. 25, 2015, S. 571 ff.

⁸⁸ a.a.O. S. 579

⁸⁹ „Einkommensungleichheit verharrt auf hohem Niveau“, Interview mit Markus M. Grabka in: *DIW Wochenbericht* Nr. 25 2015, S. 587

⁹⁰ Heribert Prantl in „Wertedialog – Was wirklich wichtig ist“, Dokumentation der Auftaktkonferenz am 26. März 2015, Hg.: Paritätischer Gesamtverband, Berlin

⁹¹ Christian Woltering in der *Frankfurter Rundschau* vom 8.3.2015: „Armut muss gemessen werden“

⁹² vgl. Marie-Luise Stiefel (1986): „Gibt es Armut in der Bundesrepublik? Von den Schwierigkeiten, darauf eine Antwort zu finden“, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 9/1986, S. 251 ff.

⁹³ vgl. Ulrich Schneider, a.a.O., S. 159 ff.

⁹⁴ vgl. Rudolf Martens 2013: „Gutachten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in den verfassungsrechtlichen Prüfverfahren“, 1 BvL 10/12 und 1 BvL 12/12 zu den Aussetzungs- und Vorlagebeschlüssen des Sozialgerichts Berlin vom 25. April 2012, Berlin, 29. August 2013

⁹⁵ Rudolf Martens: „Expertise zur Fortschreibung der Regelsätze zum 1. Januar 2015“, Berlin, Dezember 2014 (Hg.: Paritätischer Wohlfahrtsverband).

⁹⁶ Aktualisierte, nämlich auf das Jahr 2016 hochgerechnete Berechnungen finden sich im Beitrag von Rudolf Martens in diesem Band

⁹⁷ vgl. „Armutsrisikoschwelle und Grundsicherungsniveau – Berechnungen und Tabellen zum Abstand zwischen SGB II-Leistungen und der 60-Prozent-Einkommensschwelle in den Regionen.“ Arbeitspapier des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2015

⁹⁸ Deutscher Caritasverband e.V., Vorstandsbereich Sozial- und Fachpolitik, Generalsekretär Prof. Dr. Georg Cremer (Hg.): Position des Deutschen Caritasverbandes zur Bemessung der Regelbedarfe von Erwachsenen und Kindern, 13.11.2013 (Internetabfrage 08/2015), <http://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/caritas-fordert-regelsatzerhoehung-um-63>

⁹⁹ Diakonie Deutschland, Vorstand Sozialpolitik, Maria Loheide (Hg.): „Stellungnahme der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband gemäß § 27a BVerfGG in dem Verfahren 1 BvR 1691/13 bezüglich der Regelbedarfsermittlung in der Grundsicherung unter besonderer Berücksichtigung der Bemessung der Regelleistung für leistungsbedürftige Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres“, 5.9.2013 (Internetabfrage 22.9.2015), http://www.diakonie-portal.de/sites/default/files/diakonie_stn_bverfg_130905.pdf

¹⁰⁰ vgl. Hans-Böckler-Stiftung: „Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundsicherungsniveau“, von Irene Becker, Hans-Böckler-Arbeitspapier 309, Düsseldorf 2015

¹⁰¹ *Die Welt* v. 19.2.2015: „Die Wahrheit über die Armut in Deutschland“

¹⁰² Die großen Ausgabenblöcke bei einkommensschwachen Haushalten sind ohnehin die Nahrungsmittel und die Mieten. Bei den Nahrungsmitteln sind die regionalen Unterschiede mehr oder weniger zu vernachlässigen, da ohnehin, wenn möglich, beim Discounter gekauft wird.

¹⁰³ vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 2015, a.a.O., S. 2

¹⁰⁴ vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband 1989, a.a.O., S. 342